

p.s.

DIE LINKE ZÜRCHER ZEITUNG
NR. 19 / 19. MAI 23

GRÜNE
GRUENE.ZH.CH

**KLIMASCHUTZ
JETZT!**

JA ZUM KLIMASCHUTZ-GESETZ
AM 18. JUNI



**MERET
SCHNEIDER**
NATIONALRÄTIN



**BALTHASAR
GLÄTTLI**
NATIONALRAT

40 JAHRE GRÜNE

«Gelungener Spagat zwischen Bewegung und Institution»

SEITE 16 - 17



IM GESPRÄCH

**«Klimaneutralität geht
nicht auf Knopfdruck»**

S.12 - 13

BEZIRK AFFOLTERN

**Umstrittener Autobahn-
zubringer ist Realität**

S.18

«ANTIGONE IN BUTSCHA»

**Intellektuell brillant,
emotional ernüchternd**

S.23

Erinnern

Vom Performer und Choreographen Nikel Charnock (1960 – 2012) stammt unter vielem anderen auch das Bonmot «don't bore the public». Ein Rat, den er selbst mit grosser Leichtigkeit erlebbar machte, denn er weigerte sich vehement dagegen, den Unterhaltungsaspekt von Bühnenspektakeln, was Tanz streng genommen ja auch ist, als vermeintlich nicht ausreichend künstlerische Form



(Bild: Andrea Avezzu)

zu ignorieren. Lieber lud er die Fachpresse aus, weil deren Sehgewohnheiten zu normiert geschult waren und sie seiner Meinung nach einfach nicht verstanden, was er auf den Bühnen tat. Sein Engagement für das DV8 Physical Theatre ist legendär, genauso wie seine quirlige Präsenz und Körperspannung. Der junge Marco D'Agostin begegnete ihm einmalig 2010 und trug eine tiefe Prägung respektive veränderte Haltung gegenüber dem Tanz davon. Jetzt erinnert er anhand eines nicht mehr rechtzeitig zugestellten Briefes dieser aussergewöhnlichen Person. *froh.*

Marco D'Agostin: **«Best regards»**, Sa, 20.5., 20h und So, 21.5., 18h, Tanzhaus, Zürich.

Sinkendes Schiff

Rachelle Garniez, Amanda Homi und Mamie Minch haben alle je eine Musikerinnenkarriere hinter sich, die sich gewaschen hat, doch als VKB-Band ist die Veröffentlichung von «Pawn Shop Ra-



(Bild: Albie Mitchell)

dio» ihre erste. Die Vergleiche der Promoabteilung reichen von «Tom Waits für drei Frauenstimmen» bis zu «Les Triplettes de Belleville», was mal wieder offenbart, wie sehr solche Vergleiche blosser Behelf alias Krücke bleiben müssen. Die Titel ihrer bluesig-zirzensischen Balladen sagen da schon mehr:

«God's away on business», «Gun street girl» und «I don't wanna grow up» zeugen alle von einem punktgenau trefflichen, zeitkritischen Bewusstsein und einem regelrecht widerständischen Willen, eine Veränderung zum Besseren herbeizuführen. Wenn Musik dazu beitragen kann, dann frisch drauflos. Falls doch nicht, ergibt das immerhin einen vorzüglich vergnüglichen Konzertabend. *froh.*
Vicki-Christina-Barcelona-Band: **«Pawn Shop Radio»**, So, 21.5., 20h, Theater Ticino, Wädenswil.

Musikpionier

Überrascht vom Ausbruch des Ersten Weltkrieges blieb der jüdische Ukrainer Alexander Schaichet (1887 – 1964) in Zürich stecken und gründete 1920 das erste Kammerorchester der Schweiz, das er bis zu dessen Auflösung 1946 leitete. Als vielseitiger Musiker (Geige/Bratsche) wirkte er sowohl als Kammermusiker, Dirigent wie auch als Pädagoge und bildete Berufsmusiker:innen aus.



Er setzte sich zeitlebens für Neue Musik ein und war unter anderem Gründer von «Omanut» zur Förderung des Verständnisses für jüdische Kunst in der Schweiz. Anlässlich des 100. Jubiläums der Kammerorchestergründung hätte eine Hommage entstehen sollen. Jetzt kommt mit «Zivilstand: Musiker» eine musikalische Lesung an ihrer statt heraus. Martin Kreuzberg (Text und Regie) und Andrea Wiesli (Musikkonzept) schufen eine Bühnentaugliche Vita für drei Sprecher:innen und drei Musiker:innen, um Leben, Werk und Wirken Alexander Scheichets zu gedenken. *froh.*

«Zivilstand: Musiker», Mo, 22.5., 20h, Theater Rigiblick, Zürich.

Widerstand

Der Filmzyklus über iranische Regisseurinnen im Widerstand zeigt ausgewählte Filme von 1963 bis 2023, was es ermöglicht, einen etwas ausgeprägter geschärften Blick auf die Lage der Frau zu werfen – und den Wandel der westlichen Orientierung unter dem Schah hin zu den je nach gerade amtierendem Präsidenten strengeren oder lockereren Vorschriften und Verboten für ein Verhalten vor der Idee, ein dem Glauben verpflichtetes, anti-imperialistisches Gegenregime zum dominierenden Westen zu etablieren. Das Problem der Ideologie

beginnt dann manifest zu werden, wenn die ursächliche Euphorie einem Alltag und dessen Unzulänglichkeiten weicht und sich die Interessen einer Führung immer stärker nur noch dem eigenen



Machterhalt zuwenden und die ursächliche Utopie unter die Räder kommt. Die Frauen im Iran sind und waren schon immer stark. *froh.*

«Frauen filmen Freiheit», Filmzyklus bis 29.6., Filmpodium der Stadt Zürich. Podium auf Englisch zur aktuellen Lage der Frauen im Iran, Fr, 2.6., 20.45h, ebenda.

Führer-Farce

Der grosse ungarisch-stämmige «Spielmacher» alias Autor und Theaterleiter George Tabori (1914 – 2007) war bekannt für seinen bitterböhs-britischen schwarzen Humor, den er mit Vorliebe in Poesie ummünzte, um damit gegen Rassismus, Unterdrückung und Menschenfeindlichkeit zu protestieren. Seine Theaterversion von «Mein Kampf» über den Emporkömmling Hitler gehört zu den träfsten Farcen der Theatergeschichte. Das Burgtheater Wien kommt jetzt mit einer Inszenierung des jüdischen Israeli Itay Tiran, der zu einer



(Bild: Marcella Ruiz Cruz)

Gruppe kritischer Jüd:innen gehört, die 2010 ihre Weigerung kundtaten, in den besetzten Gebieten aufzutreten, damit ans Theater Winterthur. Die Kritiken nach der Erstaufführung im Oktober 2020 waren sich darin einig, dass die Farce ausreichend übertrieben werde, die inhaltliche Tiefenschärfe dafür noch etwas ausbaufähiger wäre. *froh.*
George Tabori: **«Mein Kampf»**, Mi/Do, 24./25.5., 19.30h, Theater Winterthur, Winterthur. Mittagstalk mit dem Burg-Ensemble, Do, 25.5., 12.15h, ebenda.

Den Menschen sehen, nicht (nur) die Maschine

Am Sonntag ging in Zürich die «Cycle Week» zuende. Wie in früheren Jahren gab es verschiedene Veranstaltungen, darunter ein angenehm kurzes, aber umso spannenderes Podium zu Fragen rund um die Sicherheit im Stadtverkehr.

Nicole Soland

Wie kann Velofahren in Zürich sicherer werden? Diese Frage stand am Samstag an einem Podium an der Cycle Week im Mittelpunkt. Im Pavillon der Stadt Zürich diskutierten unter der Leitung von Peter Röthlisberger die Stadträtinnen Karin Rykart und Simone Brander mit Yvonne Ehrensberger, Geschäftsleiterin Pro Velo Kanton Zürich, und der Lastwagenfahrerin Xenia Zähler.

Blickkontakt statt Toter Winkel

Zum Einstimmen gab es ein Video zu sehen, das Yvonne Ehrensberger und Xenia Zähler zusammen gedreht haben. Es zeigt nicht nur anschaulich, wie «winzig» die Velofahrerin neben dem Lastwagen wirkt: «Hier, direkt neben dem Lastwagen, darf man einfach nicht stehen, das ist ein No-Go», sagt die Lastwagenfahrerin. Sie betont aber auch, wie wichtig es sei, gut aufeinander zu schauen. Wenn beide dächten, es reiche grad noch, um rasch durchzufahren, oder wenn beide davon ausgingen, der:die andere habe sie schon gesehen, könne es böse enden. «Wenn ich auf der Strasse bin, sehe ich relativ viel, aber leider nicht alles, und nicht alles zur gleichen Zeit», gibt Xenia Zähler zu bedenken. Und Yvonne Ehrensberger

fasst zusammen: «Es kommt eigentlich nicht darauf an, ob es einen Toten Winkel gibt oder nicht, sondern darauf, ob du im richtigen Moment in den richtigen Spiegel geschaut hast, um mich überhaupt zu sehen?» Genau: Immer, immer! aufeinander schauen... «Jeder Velofahrer ist für mich jetzt «d'Yvonne», sagt Xenia Zähler und fügt an, Velo- und Lastwagenfahrer:innen könnten Freund:innen auf der Strasse sein, «wenn wir einander wirklich sehen» – und zwar als Menschen: «Vielleicht ist es dein Onkel, der diesen Lastwagen fährt, und er will dir das Leben nicht schwer machen. Also mache ihm das Leben einfacher, indem du eben nicht an diesem Lastwagen vorbeifährst, sondern vorne oder hinten wartest.» In der Diskussion fügte sie später noch an, «und wenn vorne, dann schau' doch hoch und winke uns zu, das freut uns!, und vor allem wissen wir beide dann, dass der:die andere uns gesehen hat.»

Was kann die Stadt tun?

Peter Röthlisberger wollte zuerst von den beiden Stadträtinnen wissen, was die Stadt tun könne, um Tote-Winkel-Unfälle zu vermeiden. Karin Rykart brachte das Beispiel des «Velosacks», der vorgezogenen «Haltebucht» für Velofahrer:innen, wo sie sich aufstellen können und wo auch Lastwagenfahrer:innen sie gut sehen können. Weiter erwähnte sie das sogenannte Vorgrün: An Ampeln mit diesem System dürfen Velofahrer:innen früher losfahren als die anderen Verkehrsteilnehmer:innen.

Ansonsten betonte auch Stadträtin Rykart, es sei wichtig, gut aufeinander zu schauen, mitzudenken und lieber eine halbe Minute oder Minute länger zu warten, als vorzupreschen in einen Bereich, in dem einen der Lastwagenchauffeur nicht sehen könne. Simone Brander verwies auf den Lastwa-

gen nebenan, in dem die Besucher:innen der Cycle Week Platz nehmen und sich vergegenwärtigen konnten, was bzw. wohin man vom Steuer eines Lastwagens aus sieht – und wohin nicht. Yvonne Ehrensberger fügte an, mehr Velos in der Stadt seien super, denn wenn es mehr Velos auf den Strassen gebe, würden sie auch «sichtbarer» im Sinne von «eher wahrgenommen». Es dürfe aber nicht mehr Unfälle geben, «daran arbeiten wir». Velofahren sei «nicht per se gefährlich», fügte sie an, es mache Freude. Zur Sicherheit gehöre aber auch, Autos oder Lastwagen nicht bloss als «Maschinen» wahrzunehmen, sondern sich immer zu vergegenwärtigen, dass ein Mensch am Steuer sitze.

Auch zur Rolle des übergeordneten Rechts nahm die Runde noch Stellung. So erinnerte Karin Rykart an einen Brief, in dem die Konferenz der Städtischen Sicherheitsdirektorinnen und -direktoren 2021 dem Bund Fragen zu Tote-Winkel-Assistenten für alle Lastwagen gestellt habe: Die Schweiz werde wohl die Regelung der EU übernehmen, die ab Juli 2024 für neu in Verkehr gesetzte Lastwagen die Ausrüstung mit einem Abbiegeassistenten vorsieht. Eine Nachrüstpflicht sei jedoch nicht vorgesehen. Das sei schade, sagte Karin Rykart, denn so hätten die Fahrer:innen ein bisschen mehr gesehen, und diese Systeme seien ja «nicht sehr teuer». Simone Brander knüpfte mit dem Hinweis an, zumindest auf städtischer Ebene und in Sachen Velowegnetz gehe es vorwärts: «Wir sind mit Hochdruck dran, und unser grosses Ziel ist nach wie vor ein zusammenhängendes, sicheres Netz von Velowegen bis 2030.» Dort, wo diese Wege bereits öffentlich aufgelegt wurden, habe es zwar wie erwartet Einsparungen gegeben, fügte sie an. Anderes, wie etwa die Bauarbeiten für die Unterquerung des Zürcher Hauptbahnhofs, sei jedoch voll im Gang.



Am Diskutieren (von links nach rechts): Karin Rykart, Simone Brander, Moderator Peter Röthlisberger, Xenia Zähler und Yvonne Ehrensberger.



«Anschauungsunterricht» an der Cycle Week: Alle grünen Velos stehen im Toten Winkel, die Lastwagenfahrerin kann sie nicht sehen. (Bilder: Nicole Soland)

Power fürs Klima

**Der Kantonsrat tagte zum zweiten Mal in der neuen Amtszeit.
Im Zentrum standen Vorlagen der Baudirektion und hitzige Fraktionserklärungen.**

Min Li Marti

Zu Beginn stand eine Einzelinitiative auf dem Programm. Initiant Hans-Ueli Wolff forderte die «Sicherstellung der Qualitätssicherung von «Minergie»-zertifizierten Bauwerken». Dabei will der Initiant, dass die Einhaltung der Minerienormen überprüft und sichergestellt wird. Wenn man ein Haushaltsgerät kauft, so Wolff, dann erhalte man einen Garantieschein, bei Minergie nicht. Das sei nicht einsichtig, zumal viele Hauskäufer Laien seien und nicht überprüfen könnten, ob die Standards eingehalten werden oder nicht. Wolff überzeugte damit die Sprecher von SP, SVP und Grünen nicht, die zwar zugestanden, dass Wolff hier durchaus berechtigte Punkte aufbringt, aber ein wie von ihm gefordertes Kontrollregime zu aufwändig und nicht zielführend sei. Einzig Manuel Sahli (AL) plädierte dafür, die Einzelinitiative vorläufig zu unterstützen, um das Anliegen einmal vertieft anzuschauen. Da aber nur vier Ratsmitglieder für eine vorläufige Unterstützung stimmten, war das Geschäft erledigt.

Erhöhte Nachfrage nach Subventionen

Der Schwerpunkt lag an diesem Vormittag aber beim Rahmenkredit für Subventionen gestützt auf das Energiegesetz. Die Ausgangslage für diesen Rahmenkredit ist wie folgt: Die Nachfrage nach den Subventionen ist gestiegen, der Kredit ist beinahe ausgeschöpft. Die erhöhte Nachfrage hat zum einen mit einem grösseren Umweltbewusst-

«Das Krabbeln ist ein wichtiger Meilenstein, aber die Zeit des Laufens ist vorbei. Wir müssen laufen können, ja gar sprinten, wenn wir das Klima schützen wollen.»

Markus Bärtschiger, SP

sein zu tun, der Wunsch nach einer Abkehr von fossilen Energien ist nach Ausbruch des Kriegs in der Ukraine noch zusätzlich gestiegen, auch das Energiegesetz hat zusätzlichen Schub gegeben. Um zu verhindern, dass Wärmedämmungen oder Ersatz von Heizungen verzögert werden, soll daher der Kredit aufgestockt werden. Der Regierungsrat beantragte 68 Millionen Franken für

einen Rahmenkredit. Der Mehrheit ging aber die Vorlage des Regierungsrats zu wenig weit: Eine Allianz aus FDP und SP beantragte, den Kredit um 16 Millionen aufzustocken. Dabei gibt es insbesondere eine Erhöhung auf 13,5 Millionen statt 4 Millionen Franken für Pilotprojekte.

Dagegen wehrte sich einzig die SVP. Ihre Sprecherin Sandra Bossert meinte zwar, es sei positiv, dass es eine grosse Nachfrage gäbe. Aber diese grosszügige Subvention ginge zu weit. Die Baudirektion habe in der Kommissionssitzung «auf die Tränendrüsen gedrückt», und das habe dazu geführt, dass die Liberalen die Linken beim Geldausgeben sogar noch überboten hätten. Insbesondere bei den Pilotprojekten sei gar nicht klar, ob es überhaupt Projekte gibt: «Es ist nicht der Sinn des Projekts, gelangweilte Studenten zu beschäftigen.» Ann Barbara Franzen (FDP) entgegnete, Bossert habe wohl nicht an der gleichen Sitzung teilgenommen wie sie, von «auf die Tränendrüsen drücken» könne keine Rede sein. Überhaupt habe die SVP in der Vergangenheit Projekte für Geothermie und Biogas stets gefordert und unterstützt, es sei nicht einsichtig, warum sie das jetzt nicht tue. «Ich höre viel Gedöns und wenig Einlösen von Versprechen», meint Franzen.

Mehr Tempo gewünscht

Markus Bärtschiger (SP) würdigt den Rahmenkredit als für die Klima- und Fortschrittsallianz wichtiges Instrument. Der Regierungsrat zeige zwar den Willen, etwas für das Klima zu tun, aber die regierungsrätliche Vorlage sei nur Babyschritte beziehungsweise Krabbeln: «Das Krabbeln ist ein wichtiger Meilenstein, aber die Zeit des Laufens ist vorbei. Wir müssen laufen können, ja gar sprinten, wenn wir das Klima schützen wollen.» Auch Thomas Wirth (GLP) betonte, dass der Klimaschutz die wichtigste Herausforderung sei: «Wir müssen endlich aufhören, Klimaschutz als fernes Ziel zu betrachten, sondern rasch und schnell vorwärts machen.» Es sei vor allem entscheidend, dass keine Lücke entstehe zwischen altem, schon fast aufgebrauchtem Kredit und der neuen Vorlage. Das betont auch Florian Meier (Grüne). Man habe dies bei der kostendeckenden Einspeisevergütung für Ökostrom gesehen. Diese habe exzellent gestartet, aber dann sei das Geld ausgeschöpft gewesen und damit die Entwicklung abgewürgt worden.

Der Rahmenkredit und die Erhöhung wurde auch von der Mitte gutgeheissen, wie deren Sprecherin Ruth Ackermann ausführte, die von ihrer Fraktion in Anspielung auf die Klimaallianz von einer «Vernunftallianz» sprach. Auch Daniel

Sommer (EVP) lobt die eigene Fraktion als «einfach visionäre Politik». Es brauche jetzt mehr Schub, und dieser Schub sei nicht gratis: «Alles hat seinen Preis, das gilt auch für die Energiepolitik.

«Wenn wir den Umstieg schaffen wollen, müssen wir den Preis für mehr Schub und Power zahlen.»

Daniel Sommer, EVP

Wenn wir den Umstieg schaffen wollen, müssen wir den Preis für mehr Schub und Power zahlen.»

Baudirektor Martin Neukom (Grüne) freute sich darüber, dass der ganze Kantonsrat grundsätzlich den Rahmenkredit befürwortet. Auch gegen den zusätzlichen Geldsegen wehrt er sich nicht grundsätzlich, betont allerdings, dass der Regierungsrat aus finanzpolitischen Gründen gegen eine Erhöhung des Kredits ist. Zudem sei es tatsächlich eine Herausforderung, genügend gute Pilotprojekte zu finden. Aber er versichert dem Kantonsrat, dass man sich darum bemühen würde. Am Schluss stimmte der Kantonsrat mit 119 zu 48 dem Antrag der Kommissionmehrheit und dem erhöhten Kredit zu.

Hitzige Fraktionserklärungen

Vor der Pause verlas Sibylle Marti (SP) noch eine gemeinsame Fraktionserklärung von SP, Grünen und AL zu den Parteispenden des Zürcher Flughafens, die vor ein paar Wochen für Furore sorgten. Für die drei Fraktionen kann nicht sein, dass eine Aktiengesellschaft, die mehrheitlich im Besitz des Kantons Zürichs ist, selektiv Parteispenden vergibt. Hier brauche es jetzt Aufklärung. Nach der Pause kam es zu weiteren Fraktionserklärungen zum abgesagten Gendertag in Stäfa. SP, Grüne und AL wendeten sich klar gegen rechte Hetze und forderten eine Entschuldigung gegenüber den Schüler:innen und den Lehrpersonen. Die Mitte sorgte sich um die politische Kultur. FDP und SVP sahen die Verantwortung auf beiden Seiten, was natürlich zu weiteren Diskussionen führte (siehe auch Seite 9). Zum Schluss gab es dann allerdings bei den weiteren Vorlagen viel Einigkeit. So wurde die Immobilienverordnung einstimmig abgeändert, das vollständig elektronische Bauverfahren eingeführt und zwei Postulate (zu Gewächshäusern und zu Deponien) abgeschrieben.

CS-Immobilien der Spekulation entreissen

109 Milliarden Franken Garantien für die Rettung der Credit Suisse ohne Gegenleistung? So nicht, findet das Bündnis «CS-Immobilien enteignen» und fordert in einer Petition die Vergesellschaftung der Liegenschaften der CS-Immobilienfonds. Bis Ende Mai wird gesammelt. Wunschziel: 22 672 Unterschriften – so viele, wie die CS-Fonds Wohnungen besitzen.

Niklaus Scherr

Die Geschichte ist rasch erzählt. Die Credit Suisse stolpert von Skandal zu Skandal, setzt während Jahren Milliarden in den Sand, produziert Verluste in Serie und schüttet gleichzeitig ihren Kadern Milliarden-Boni aus. Bis Nationalbank und Bundesrat sie mit der UBS-Fusion vor dem Totalabsturz retten. Der Bundesrat bürgt für 100 Milliarden Franken Liquiditätshilfen der Nationalbank. Und sichert der UBS eine Garantie für allfällige Verluste und Abschreibungen auf faulen CS-Assets zu, von denen niemand weiss, wie hoch sie ausfallen können. Die ersten fünf Milliarden Franken Verlust muss die UBS tragen, die nächsten neun Milliarden der Bund; anschliessend geht es fifty-fifty weiter. Mit der Fusion erhält die UBS also gesunde und faule Assets der CS zum Schnäppchenpreis von drei Milliarden Franken. Für die schlechten und risikobehafteten Investitionen steht der Bund – und damit wir Steuerzahler:innen – mit mindestens neun Milliarden Franken gerade. Die guten kann sich die UBS risikolos einverleiben. Gegenleistung für all das: Null.

Die guten ins Töpfchen ...

Das Bündnis «CS-Immobilien enteignen» findet: so nicht! Es hält es mit Aschenputtel: Die guten ins Töpfchen, die schlechten ins Kröpfchen! Und fordert mit einer Petition: «Das Immobilienportfolio der Credit Suisse Funds AG und ihrer Tochtergesellschaften soll vergesellschaftet und damit dauerhaft der Spekulation entzogen werden. Dies betrifft schweizweit rund 23 000 Wohnungen und zwei Millionen Quadratmeter Geschäftsflächen. Damit soll für die Schweizer Bevölkerung, welche die «Rettung» der CS mit ihren Steuergeldern garantiert, langfristig bezahlbarer Wohn- und Arbeitsraum gesichert werden.»

Die Immobilienfonds der CS umfassen schweizweit ein Portfolio im Wert von 18,6 Milliarden Franken und 22 672 Wohnungen, bei der UBS sind es 19,6 Milliarden Franken und 27 811 Wohnungen. Mit dem Zusammenschluss entsteht der grösste kommerzielle Anbieter von Mietwohnungen, weit vor dem bisherigen Platzhirsch SwissLife. Laut Geschäftsberichten 2022 verwalten die Fonds von CS und UBS in den fünf grössten Schweizer Städten 16 329 Wohnungen:

Stadt	Credit Suisse Funds AG	UBS Fund Management AG	Total
Zürich	2 290	3 559	5 849
Basel	2 323	2 045	4 368
Lausanne	573	2 048	2 621
Genf	212	2 217	2 429
Bern	444	618	1 062

83 Mio. Franken Managementgebühren

Die Immofonds-Bewirtschaftung ist für die Banken ein lukratives und stabiles Geschäft. Die Mieter:innen der 23 000 Wohnungen und der zwei Millionen m² Gewerbeflächen der sechs CS-Fonds haben 2022 rund 741 Millionen Franken Miete bezahlt. Davon hat die CS – zusätzlich zu den Kosten für die Liegenschaftsverwaltung – 83 Millionen Franken als Managementgebühren in die eigene Tasche abgezweigt. Das sind satte 11,2 Prozent der Mietzahlungen, kassiert auf dem Buckel der Mieter:innen und Mieter! Bei einer Vergesellschaftung würde diese parasitäre Abzocke wegfallen.

Formell stehen die Fondsliegenschaften im Eigentum der Credit Suisse Funds AG respektive ihrer Tochtergesellschaften, die sie im Auftrag der Fonds-Anleger halten. Allerdings haben diese nur einen vertraglichen Anspruch auf die Immobilien. Die CS-Fondsleitung oder die Finma als Aufsichtsbehörde kann gemäss Fondsvertrag mit einmonatiger Kündigungsfrist die Anteilscheine zurücknehmen, den Fonds auflösen und die Anleger entschädigen. Diese haben Anspruch auf das Nettoanlagevermögen (NAV). Das setzt sich zusammen aus dem Verkehrswert der Liegenschaften und den Cash-Beständen, abzüglich der Hypotheken und der Liquidationskosten, primär Handänderungskosten und Grundstücks gewinnsteuern.

CS-Hüser für alle

Um die Liegenschaften vor einer Übernahme durch die UBS zu sichern, sollen die CS-Fonds-Liegenschaften in einem ersten Schritt von der öffentlichen Hand (Bund) übernommen werden. In einem zweiten Schritt sollen sie in Gemeineigentum überführt und dauerhaft der Spekulation entzogen werden. Über die Form der Vergesellschaftung soll in einem partizipativen Prozess unter Einbezug der relevanten beteiligten Akteur:innen



Klare Botschaft: Demo vom 22. April in Zürich. (Bild: zVg)

– Mieter:innen, Bevölkerung und politische Gremien der Standortgemeinden, Mieter- und Genossenschaftsorganisationen etc. – entschieden werden.

Ein Fünftel weniger Miete

Eine Überschlagsrechnung für den grössten CS-Fonds SIAT zeigt, dass bei einer Vergesellschaftung mit angemessener Entschädigung der Fonds-Anleger absolut tragbare Mieten resultieren. Die SIAT-Liegenschaften (ohne Bauland und Baurechte) haben einen Verkehrswert von 3460 Mio. Franken, der Gebäudeversicherungswert beträgt 2344 Mio. Franken und die aktuelle Soll-Miete liegt bei 150,3 Mio. Franken. Kalkuliert man auf dieser Basis die Kostenmiete nach dem Zürcher Berechnungsmodell für den gemeinnützigen Wohnungsbau – 1,25 Prozent auf dem Verkehrswert plus 3,25 Prozent auf dem Gebäudeversicherungswert –, kommt man auf einen kostendeckenden Mietzins von 119,5 Mio. Franken. Das sind 30,9 Mio. Franken oder 20,5 Prozent weniger, als die Mieterinnen und Mieter heute bezahlen müssen. Und: Erwirbt die Standortgemeinde die CS-Liegenschaften, profitiert sie noch von der Grundstückgewinnsteuer und kann damit den Kaufpreis vergünstigen.

www.cs-immobilien-enteignen.ch



300 Millionen für bezahlbares Wohnen

Im Sommer, genauer am 18. Juni, stimmt die Zürcher Bevölkerung über die Schaffung eines städtischen Wohnraumfonds zur Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus ab. Am vergangenen Dienstag informierte die Stadt dahingehend an einer Medienkonferenz näher.

Das Ziel der städtischen Wohnbaupolitik steht seit 2011 fest – ein Drittel aller Mietwohnungen in der Stadt Zürich soll bis 2050 gemeinnützig und somit preisgünstig sein. Das hatte die Stimmbevölkerung damals mit der Verankerung der wohnpolitischen Ziele in der Gemeindeordnung entschieden. Die Situation auf dem Wohnungsmarkt ist nach wie vor aber mindestens angespannt. Lediglich 0,07 Prozent der Wohnungen in Zürich stehen leer, die Mietpreise steigen stetig, die Verdrängung spitzt sich zu und die soziale Durchmischung ist gefährdet, stellte Stadtrat Daniel Leupi fest. Mit zwei Vorlagen will die Stadt dieses Problem angehen: Es geht um die Schaffung eines städtischen Wohnraumfonds. An der Pressekonferenz informierten Finanzdepartementsvorsteher Daniel Leupi, Heinrich Hummel, stellvertretender Direktor Liegenschaften Stadt Zürich und Nina Pfenninger, stellvertretende Leiterin der Fachstelle gemeinnütziges Wohnen näher zu diesem Projekt. Es geht um einen Objektkredit von 100 Millionen Franken und einen Rahmenkredit von 200 Millionen Franken, also insgesamt 300 Millionen Franken, die der Förderung gemeinnützigen Wohnungsbaus zukommen sollen – im Gemeinderat hatten sich damals lediglich FDP und SVP gegen den Wohnraumfonds ausgesprochen (P.S. berichtete am 3. Februar).

Beiträge aus dem Wohnraumfonds kämen privaten gemeinnützigen Wohnbauträgerschaften, weiter auch den Wohnungen der Stadt Zürich sowie den städtischen Stiftungen zugute.

Der Wohnraumfonds soll dabei als ein weiteres Werkzeug zum bereits bestehenden Instrumentarium zur Schaffung preisgünstigen Wohnraums fungieren – und der aktuellen Dynamik auf dem Wohnungsmarkt entgegenwirken. Beiträge aus dem Wohnraumfonds kämen privaten gemeinnützigen Wohnbauträgerschaften wie Genossenschaften, Stiftungen und Vereinen, weiter

auch den Wohnungen der Stadt Zürich sowie den städtischen Stiftungen zugute. Die Beiträge wären nicht rückzahlungspflichtig, es sei denn, die Mittel würden nicht innerhalb der formulierten Kriterien eingesetzt. Der Wohnraumfonds sei ein gutes Instrument, es würde aber wohl nicht in jedem Fall und jedem Preisniveau gelingen, Dinge zu vereinfachen, so Nina Pfenninger.

Credo: Günstig bauen, günstig erneuern

Heinrich Hummel informierte näher, wie diese Mittel genau eingesetzt würden. Dabei sind fünf Typen von Projekten zu unterscheiden, bei denen eine Finanzierung möglich wäre: Beim Erwerb von Baugrundstücken, beim Erwerb von Mietwohnliegenschaften, deren Erneuerung, beim Bau von Mietwohnungen und bei deren Erneuerung. Bei Erwerb und Erneuerung gelten jeweils ähnliche Kriterien.

Die Finanzierung ist allerdings nur unter konkreten Voraussetzungen möglich. Beim Erwerb von Baugrundstücken müsste beispielsweise das langfristige durchschnittliche Preisniveau unter dem Median des Mietpreisniveaus im Stadtkreis respektive der gesamten Stadt liegen – eine Limitation nach Stadtkreis würde in Kreisen mit tiefem Mietzinsmedian gelten, nach Median der Stadt in teureren Stadtkreisen. Für die Beitragsbemessung ist im Fall von Grundstücks- und Liegenschaftskäufen zum Beispiel das Verhältnis zwischen Beitrag und Anzahl geschaffener Wohnungen sowie zwischen Beitrag und dem erzielbaren Mietpreisniveau ausschlaggebend. Den Hauptanwendungsfall des Wohnraumfonds erhofft sich die Stadt vom Typ zwei, dem Erwerb von grösseren Mietwohnliegenschaften. Beim Bau und der Erneuerung von Mietwohnungen sind die Kriterien strenger: Es würden keine Beiträge nur für die Erhöhung des Qualitätsstandards oder Komforts gesprochen. Generell gibt es mehrere Kriterien, die dafür sorgen sollen, dass bewohnbarer Wohnraum nicht direkt komplett umgebaut wird oder ein Ersatzneubau entsteht, wo noch hätte gewohnt werden können. Bei Ersatzneubauten soll zudem auch ein «sozial verträglicher Umgang» mit der bestehenden Mieterschaft garantiert werden.

Wie lange diese 100 respektive 300 Millionen reichen würden, wäre «Kafisatzlesen», so Daniel Leupi. Grundsätzlich soll aber «günstig gebaut und günstig erneuert werden, das ist das Credo».

Ob die Stadt ihr neues Instrument zum Erreichen des Drittelsziels an bezahlbaren Wohnungen in Zürich bekommt, steht in den Sternen respektive in den Wahlurnen des 18. Juni. Die Situation auf dem Wohnungsmarkt bleibt sicher mittelfristig aber schwierig. *sca.*

Coop-Kilchberg geht in die nächste Runde

Die Gemeinde Kilchberg akzeptiert das Urteil des Zürcher Verwaltungsgerichtes, das rund 300 Jahre alte Bauernhaus im Zentrum auf seine Schutzwürdigkeit hin abklären zu lassen. Nach der Intervention des Heimatschutzes hat das Verwaltungsgericht Mitte April entschieden, dass die alte Liegenschaft im Dorfzentrum von Kilchberg «potenziell schutzwürdig» sei (siehe P.S. vom 5. Mai) und hob somit den Entscheid der Vorinstanz, des Zürcher Baurekursgerichts auf, das den Rekurs des Heimatschutzes abgewiesen hatte. Pläne der Gemeinde und Coop-Genossenschaft sehen einen Abriss der Liegenschaft vor, um einen Neubau mit Coop-Filiale und Wohnungen zu errichten. Nach dem Anfang Mai publik gewordenen Verwaltungsgerichtsentscheid war deshalb unklar, wie die Gemeinde und die Coop-Genossenschaft reagieren. «Wir werden das Urteil des Verwaltungsgerichtes akzeptieren und nicht ans Bundesgericht weiterziehen», sagt der Kilchberger Bauvorstand Christian Benz (GLP) auf Anfrage. Die Coop-Genossenschaft hält sich diesbezüglich (noch) bedeckt. Benz rechnet damit, dass der Entscheid des Baurekursgerichtes nach den Sommerferien fallen wird. Ein positives Gutachten würde für die Gemeinde und die Coop-Genossenschaft bedeuten, dass das Gebäude inventarisiert und geschützt werden muss. Auch wenn die Schutzwürdigkeit denkmalpflegerisch bestätigt wird, könnte sich der Gemeinderat, basierend auf der Abwägung der öffentlichen Interessen, für einen Abriss des Bauernhauses entscheiden. Dieser Beschluss wäre vor Gericht dann wiederum anfechtbar. *net.*

«Fall Garcia»

Der Parteiübertritt von Kantonsrätin Isabel Garcia von der GLP zur FDP elf Tage nach den Wahlen gibt immer noch – beziehungsweise erneut – zu reden: Letzte Woche hat der Kantonsrat zwar ihre

IMPRESSUM

P.S., die linke Zürcher Zeitung, Auflage: 2450 Ex.

Herausgeber: P.S. Verlag, Hohlstr. 216, 8004 Zürich

Druck: CH Media Print AG, St. Gallen.

Redaktion: Min Li Marti (mlm.), Tel. 044/241 07 60 (Politik), Nicole Soland (nic.), Tel. 044/241 07 60 (Politik/Produktion), Thierry Frochoux (froh.), Tel. 044/240 44 25 (Kultur/Produktion), Tim Haag (tim.) (Volontariat).

Mitarbeit: Koni Loepfe (kl.), Tel. 044/241 06 70, Peter Weishaupt (pw./Korrektorat), Hans Steiger (haste), Tobias Gerosa (tg.), Arthur Schächli (as.), Hermann Koch (hk.), Matthias Erzinger (me.), Angela Bernetta (net.), Roxane Steiger (rst.), Sergio Scagliola (sca.).

Inserate/Abos: Anna Hug, Iris Wehrli, Tel. 044/241 07 60. anzeigen@pszeitung.ch, aboservice@pszeitung.ch.

redaktion@pszeitung.ch, www.pszeitung.ch, PC-Konto: 87-569389-2
Erscheint seit Februar 1999 wöchentlich

Abopreis: Fr. 230.– (Gönner:innen: ab 300.–), enthält 10 x jährlich die Musikzeitung LOOP. Separat-Abos: 33.–, www.loopzeitung.ch

Wahl für gültig erklärt (siehe P.S. vom 12. Mai). Wie der *«Tages-Anzeiger»* vom Montag berichtet, hat Benjamin Gautschi, der Präsident der GLP Kreis 7 & 8, am Sonntag eine Beschwerde ans Bundesgericht geschickt. Er führe diese Beschwerde jedoch nicht im Namen seiner Partei, die letzte Woche mit der Mehrheit gestimmt hatte, sondern als Privatperson, heisst es weiter. Gautschi verlangt, dass der Kantonsratsbeschluss von letzter Woche aufgehoben wird. Der Beschwerde solle zudem aufschiebende Wirkung zukommen, «damit Garcia ab sofort nicht mehr an Kantonsrats- und Kommissionssitzungen teilnehmen kann». Er argumentiert im *«Tagi»*, er rechne sich gute Chancen aus, dass es mit der superprovisorischen Verfügung, also der aufschiebenden Wirkung klappen könnte: «Sollte Garcia nämlich weiterhin mitstimmen, wären alle Kantonsratsentscheide anfechtbar, wenn das Gericht am Ende der Meinung ist, die Wahl Garcias habe gegen die politischen Rechte des Zürcher Volkes verstossen.» Nebst der Tatsache, dass Isabel Garcias Wechsel die Klimaallianz die Mehrheit kostete, stört Gautschi laut dem *«Tagi»* auch, dass der FDP nun bei der Besetzung der Richterstellen am Obergericht ein zusätzlicher Sitz zustehe. *nic.*

Nexpo

Es ist eine Initiative der zehn grössten Städte der Schweiz: Die *«Nexpo»*, die *«neue Expo»*, soll erstmals in allen Landesteilen der Schweiz stattfinden, wie einer Medienmitteilung vom Montag zu entnehmen ist. Gleichentags haben die Stadtpräsident:innen und Vertreter:innen der zehn grössten Schweizer Städte in Bern ihr Konzept für die Landesausstellung präsentiert. Dabei gehe die neue Expo *«völlig neue Wege»*: Sie werde *«nachhaltig, zukunftsgerichtet und vor allem dezentral»* sein. So soll sie *«in den Städten, auf dem Land und in den Bergen»* stattfinden: *«Die Nexpo präsentiert eine Schweiz, die sich den aktuellen Fragen zum Zusammenleben im 21. Jahrhundert annimmt, Gräben überwindet und den nationalen Zusammenhalt stärkt. Im Jahr 2032 soll das grosse Fest stattfinden und die Schweiz in einen Ausnahmezustand versetzen.»* Die Zürcher Stadtpräsidentin Corine Mauch erklärte an der Medienkonferenz, die Nexpo orientiere sich *«im Kern an der Frage, wie in einer diversen Schweiz das Gemeinsame vertieft und die Zukunft miteinander gestaltet werden kann»*.

Dass *«das grosse Fest»* nicht schon bald über die Bühne geht, sondern erst 2032, ist in der Medienmitteilung mit einer *«realistischen Planung»* begründet: Der Bundesrat habe sich *«vor dem Hintergrund der angespannten Finanzlage des Bundes entschieden, sich frühestens 2028 zu einer allfälligen finanziellen Unterstützung einer Expo zu äussern. Deshalb planten die unterdessen 26 angeschlossenen Gemeinden die Nexpo auf das Jahr 2032. Das bedeute aber auch, «dass ein Entscheid, welches Expo-Projekt den Vorzug erhalten soll, bis 2026 vorliegen müsste»,* heisst es

in der Medienmitteilung. Laut *Swissinfo.ch* war eine nächste Landesausstellung ursprünglich auf 2027 vorgesehen. Neben der Nexpo verfolgten die Nordwestschweizer Kantone unter dem Projektnamen *«Svizra27»* gegenwärtig noch ein eigenes Projekt, die Berggebiete unter dem Namen *«Muntagna»*. *nic.*

Ausgeladen

Am 27. und 28. Mai findet im Theatersaal des Volkshauses Zürich der Kongress *«Vision des Guten und das Manifest der neuen Erde»* statt. Dagegen regt sich Widerstand: Die Online-Petition *«#ReclaimVolkshaus!»* fordert *«Keine Bühne für Antisemit:innen, kein Geschäft mit braunen Esoteriker:innen!»*. Begründet wird dies damit, Kern des Manifests, mit dem sich der Kongress beschäftigen soll, sei *«die Forderung nach einer Ablösung der Demokratie und der Regierungen»*. Ein neuer Staat solle geschaffen werden, *«regiert durch sogenannte Weisenräte»*. Im *«Rat der Weisen»* des Manifests sitze *«das Who-is-Who der deutschsprachigen rechtsesoterischen Szene. So zum Beispiel Ricardo Leppe, Propagandist der lebensgefährlichen und antisemitischen «Neuen Germanischen Medizin» sowie der rassistisch-völkischen Anastasia-Bewegung. Auf Telegram hat er 41 000 Follower. Er soll auch im Volkshaus auftreten»*. Daraus wird nun nichts, wie die NZZ vom Dienstag schreibt: Das Volkshaus habe mit dem Veranstalter des Kongresses vereinbart, Ricardo Leppe als Redner auszuladen. *nic.*

Besetzt

Wie das feministische Hochschulkollektiv auf Instagram mitteilt, hat es am Montag, einen Monat vor dem 14. Juni, die Uni Zürich *«feministisch besetzt»*. Das Kollektiv hält fest: *«Wir nehmen uns*



Die Besetzerinnen wollen *«weder Karriere noch reichen Mann»*. (Bild: Kai Vogt / ZS)

den Raum, der uns zusteht! Damit wollen wir einen safer space schaffen für FLINTA-Personen, uns selbstbestimmt bilden und endlich über die Dinge reden, die uns beschäftigen. Schrecken wir

die weisse, cis-männliche und profitorientierte Wissenschaft auf!» Das feministische Hochschulkollektiv hält ausserdem fest, es sei *«gekommen, um zu bleiben»*. Man darf gespannt sein ... *nic.*

Lärmschutz

Am 12. Mai verschickte der VCS Zürich eine Medienmitteilung zum Urteil des Bundesgerichtes *«in Sachen Pannestreifenutzung Nordumfahrung Zürich»*. Das Bundesamt für Strassen (ASTRA) plane die Umnutzung der Pannestreifen der Nationalstrasse 1 zwischen der Ausfahrt Zürich Nord und Brüttsellen zu einer weiteren Fahrspur, schreibt der VCS: *«Da dieser Autobahnabschnitt mitten in dicht bewohnten Gebieten liegt, hat der VCS geltend gemacht, dass ein solcher Spurausbau nur dann stattfinden dürfe, wenn gleichzeitig der Lärmschutz der Anwohner:innen verbessert wird.»* Das Bundesgericht habe dieser Beschwerde stattgegeben, *«so dass die Geschwindigkeit auf diesem Streckenabschnitt nun durchgehend von 22 bis 7 Uhr auf 80 Stundenkilometer gesenkt werden muss»*. Diese Geschwindigkeitsreduktion führe *«für mehrere tausend Personen zu einem besseren Lärmschutz»*, schreibt der VCS weiter.

Zum selben Thema und am selben Tag verschickte auch das Tiefbau- und Entsorgungsdepartement der Stadt Zürich eine Medienmitteilung, in der es unter anderem heisst, dass das Gericht die *«weitergehende Forderung der Stadt um eine Reduktion des Tempos auf 80 km/h auch tagsüber abgewiesen»* habe. Dennoch freut man sich auch bei der Stadt über den Entscheid. *«Das Bundesgericht argumentierte, dass die kurzen Reisezeitverluste von der Vorinstanz zu stark gewichtet wurden, weil im Wesentlichen Freizeitfahrten betroffen seien, heisst es weiter: «Die Temporeduktion kommt nicht nur jenen Personen zugute, die jetzt von Lärm über den Immissionsgrenzen betroffen sind, sondern auch allen übrigen Personen, die im Perimeter dieser Autobahn leben.»* *nic.*

Mehr Zinsen

Gute Nachrichten für Steuerzahler:innen. Der Regierungsrat hat am Donnerstag beschlossen, aufgrund der steigenden Zinsen den Vergütungszins von 0,25 auf ein Prozent zu erhöhen. Dieser Zins wird Steuerpflichtigen gutgeschrieben, wenn sie ihre Steuern bereits vor der Fälligkeit bezahlen oder wenn sie aufgrund der provisorischen Rechnung zu viel einbezahlt haben. Ein Zins von einem Prozent liegt über den derzeitigen Zinssätzen für Privat- und Sparkonten. Da im Kanton Zürich die Steuerforderungen vor und nach der Fälligkeit konsequent verzinst werden, hebt der Regierungsrat auch den Ausgleichszins auf ein Prozent an. Das Steueramt wendet diesen Zinssatz für den Zeitraum zwischen der Fälligkeit der Steuern und dem Eingang der definitiven Schlussrechnung an, ebenso für jene Beträge, um welche die definitive Steuerrechnung höher ausfällt als die provisorische. Unverändert bleibt der Verzugszins. *mlm.*

Ukraine-Krieg: Die Schweiz zwischen Solidarität und Neutralität



Gesprächsrunde mit dem Schriftsteller **Jonas Lüscher**, der ukrainischen Schriftstellerin/Journalistin **Tanja Maljartschuk**, dem Historiker **Jakob Tanner**, der Stiftungsratspräsidentin des Genfer Zentrums für Minenräumung **Barbara Haering** sowie dem ehemaligen EDA-Mitarbeiter **Markus Heiniger**.

Freitag, 26. Mai 2023, 19:00 – 21:30 h

Kirchgemeindehaus Aussersihl, Clara-Ragaz-Zimmer, Stauffacherstr. 8, Zürich
Apero ab 18 Uhr, Zoom-Teilnahme möglich.

Noch selten ist die Neutralität der Schweiz so ernsthaft infrage gestellt worden wie jetzt im Krieg gegen die Ukraine. Eine SVP-Volksinitiative will die Übernahme von Sanktionen künftig untersagen, während der Bundesrat sich weigert, die ukrainische Verteidigung gegen die russischen Raketenangriffe zu unterstützen – er versteckt sich hinter der Neutralität und tut so, als gelte diese absolut. Eine Gesprächsrunde des Friedensrates geht den Fragen um die Solidarität mit der Ukraine und um die Neugestaltung der Neutralität nach.

Schweizerischer FRIEDENS RAT, Gartenhofstr. 7, Zürich
044 242 93 21, info@friedensrat.ch, www.friedensrat.ch

OPER THEATER KONZERT

Werben auch Sie hier für Ihre Veranstaltung:
kulturmagnet.live

OPERNHAUS ZÜRICH

044 268 66 66, opernhaus.ch

Fr 19. Mai, 19.00, Opernhaus

Orphée et Euridice

Oper von Christoph Willibald Gluck

Sa 20. Mai, 19.00, Opernhaus

The Cellist

Ballett von Cathy Marston

So 21. Mai, 19.00, Opernhaus

Lessons in Love and Violence

Oper von George Benjamin

Premiere

THEATER

SCHAUSPIELHAUS ZÜRICH

044 268 77 77, schauspielhaus.ch

Fr 19. Mai, 20.00, Pfauen. **Schwestern**

nach Anton Tschechow. 20.15, Schiffbau-Box. **Medea*** nach Euripides

Sa 20. Mai, 16.00, Pfauen. **Pinocchio** nach

Carlo Collodi. 20.15, Schiffbau-Prob-

bühne 3. **Imagine a silence** von und mit:

Jugendclub 3. **Premiere**

So 21. Mai, 15.00, Pfauen. **Antigone in**

Butscha von Pavlo Arie. 16.00, Schiff-

bau-Halle. **Riesenhaft in Mittelerte** von

Stephan Stock & Theater HORA, Das Helmi Puppentheater, Nicolas Stemann & Ensemble. 20.15, Schiffbau-Prob-
bühne 3. **Imagine a silence** von und mit:
Jugendclub 3

BERNHARD THEATER

044 268 66 99, bernhard-theater.ch

Fr 19. Mai - So 02. Juli, 19.30 / So 18.00

Monsieur Claude und seine Töchter Komödie

Mo 22. Mai, 19.30

NZZ Live mit Doris Dörrie

THEATER AM HECHTPLATZ

044 415 15 15, theaterhechtplatz.ch

Sa 20. & So 21. Mai, Sa 19.30 / So 18.00

Charles Nguela

Do 25. Mai, 19.30

Dominik Muheim & Sanjiv Channa

Fr 26. - So 28. Mai, Fr & Sa 19.30 /

So 18.00. **Siegfried & Joy**

So 28. Mai, 14.00. **Siegfried & Joy für Kinder**

THEATER RIGIBLICK

044 361 80 51, theater-rigiblick.ch

Fr 19. & Sa 20. Mai, 20.00. **Spiel mir das**

Lied... von Morricone Mit Hanna

Scheuring, Daniel Rohr, Pepe Lienhard und gr. Orchester. **Ausverkauft**

So 21. Mai, 18.00. **Spiel mir das Lied... von**

Morricone Mit Hanna Scheuring, Daniel

Rohr, Pepe Lienhard und gr. Orchester

Mo 22. Mai, 20.00. **Zivilstand Musiker**

Quartierkultur 6 im Theater Rigiblick

Di 23. Mai, 20.00. **Goethes «Faust»** Mit

Silvester von Hösslin, Daniel Rohr, u.v.a.

Mi 24. Mai, 20.00. **Spiel mir das Lied... von**

Morricone Mit Hanna Scheuring, Daniel

Rohr, Pepe Lienhard und gr. Orchester

Do 25. Mai, 20.00. **Fahrenheit 451 - Ray**

Bradbury meets Radiohead Mit Sarah

Kappeler, Alexandre Pelichet, Daniel

Rohr, Ikan Hyu, Galatea Quartett, u.v.a.

KONZERT

TONHALLE-ORCHESTER ZÜRICH

044 206 34 34, tonhalle-orchester.ch, Tonhalle Zürich

So 21. Mai, 17.00, TZ

Publikumsorchester Christopher Morris

Whiting, Leitung; Musiker*innen des

TOZ; Andreas Janke, Violine

Lalo, Holst

Mo 22. Mai, 19.30, TZ

Série jeunes

Jeneba Kanneh-Mason, Klavier

Schostakowitsch, Beethoven, Prokofjew

Do 25. Mai, 12.15, TZ

Kammermusik-Lunchkonzert

Ilios Quartett

Borodin, Hosokawa, Smetana

250 JAHRE HANS GEORG NÄGELI

www.hgn250.ch

Fr 26. Mai, 19.30, Tonhalle Zürich

Festkonzert unter dem Matronat der

Stadtpräsidentin Zürich

COLLEGIUM NOVUM ZÜRICH

www.cnz.ch

So 21. Mai, 17.00, Helferei

around Edgar Varèse, William Blank,

Rebecca Saunders und Eleni Ralli (UA)

ZÜRCHER KAMMERORCHESTER

+41 44 552 59 00, www.zko.ch

Fr 26. Mai, 19.30, Kunsthaus Zürich

Beim WANDELKONZERT musikalisch be-

gleitet zwischen den Kunstepochen im

Chipperfield-Bau wandeln; mit Werken

von Dvořák, Glass, Hendrix, Ravel, Suk u.a.



Ich bestelle

- Probeabo 5 Wochen kostenlos
- Jahresabo für 230 Franken
- Gönner:innenabo ab 300 Franken
- Abo für Menschen mit wenig Geld, 100 Franken

Name / Vorname

Strasse / Postfach

PLZ / Ort

Bitte ausfüllen und
einsenden an:

P.S. Verlag, Hohlstrasse 216,
8004 Zürich oder
aboservice@pszeitung.ch

Keiner zu klein, ein Trump zu sein

Seit zehn Jahren findet in Stäfa an der Sekundarschule der sogenannte Gender-Tag statt. Dabei geht es darum, dass Schülerinnen und Schüler Geschlechterrollen und Stereotype reflektieren, aber auch über Sexualität und sexualisierte Gewalt sprechen. «Geschlechter und Gleichstellung» ist auch als Thema im Lehrplan 21 verankert. Neun Mal also gab es einen Gender-Tag ohne Probleme, jetzt musste er abgesagt werden. Was ist passiert? Ein Reminder an die Schüler:innen gelang in die sozialen Medien und führte zu einem Shitstorm. Schule und Mitarbeitende wurden bedroht, es gab Bedenken, dass am Tag die Sicherheit nicht gewährleistet werden kann. Der zehnte Gender-Tag fällt also aus. Der Shitstorm kam nicht von heiterem Himmel, sondern wurde von Politiker:innen gezielt geschürt. Der Aargauer Nationalrat Andreas Glarner und die Zürcher Kantonsrätin Nina Fehr Düssel (beide SVP) veröffentlichten beide die Einladung zum Gender-Tag in den sozialen Medien, auf der auch die Telefonnummer der Schulsozialarbeiterin ersichtlich war. Versehen mit den Kommentaren «es ist genug mit dem Woke-Wahnsinn» (Nina Fehr Düssel) und «wer greift durch und entlässt die Schulleitung» (Andreas Glarner). SVP-Nationalrat Roger Köppel warnt in seinem täglichen Weltwoche-Video vor der schädlichen linken Ideologie, die den Kindern da einhämmert werde.

Der Gender-Tag und seine Absage war dann auch Thema im Kantonsrat und gab Anlass zu einer Reihe von Fraktionserklärungen. Für die SP verurteilte Rafael Mörgeli die «rechte Hetze» und «rechte Cancel-Culture», die zur Absage des Gender-Tags geführt hätten. Die Politiker:innen, die diese Hetze geschürt hätten, sollt en sich bei der Schule entschuldigen. Auch Jasmin Pokerschnig (Grüne) verurteilte die Hetze und meinte: «Der Trumpismus hat in den Reihen unserer rechtsnationalistischen Ratskollegen definitiv Einzug gehalten.» Lisa Letnansky von der AL nannte das Ding beim Namen: «Transphobie und Queerfeindlichkeit.» Auch Yvonne Bürgin (Mitte) verurteilte die Hetze deutlich und sprach von «Tätern und Brandstiftern», die zur Verrohung der politischen Kultur führen würden. Susanne Brunner (SVP) verurteilte zwar im Namen der SVP die Drohungen, die an die Schule gerichtet wurden. Auch sei die SVP dafür, dass Geschlechterrollen an Schulen diskutiert würden. Aber, was nicht gehe sei, dass man den Tag «Gender-Tag» nenne, Gendersterne und das Transgender-Logo verwende: «Die Verantwortlichen in Stäfa haben Fehler gemacht.» Damit habe man, bewusst oder unbewusst, eine Ansage gemacht, die eben zu dieser Besorgnis geführt habe: «Gendersterne, Gendersprache und die Transgender-Thematik werden seit einiger Zeit von gewissen politischen Parteien, von Medienhäusern, kommunalen Behörden, von Schulen und Hochschulen mit einer Vehemenz

vorangetrieben, dass es in der Bevölkerung zu Besorgnis, Unmut und zu Unruhe führt. Und wir wundern uns nun, dass der Seismograph in Stäfa ausgeschlagen hat!» Ins gleiche, wenn auch etwas mildere Horn blies Andre Müller (FDP): Er wehrte sich zwar im Namen der FDP auch gegen die Verrohung der Kultur, sah den Fehler aber auch in der Kommunikation der Schule in Stäfa. Der Titel des Tages und die verwendeten Gendersterne seien nicht «optimal», da hätten die Verantwortlichen (die Schulpräsidentin in Stäfa ist in der FDP) Fehler gemacht. So gibt also mindestens die SVP, zum Teil auch die FDP der Schule die Schuld, dass sie bedroht wurde. Weil man offenbar ideologische Sprache oder Symbole verwendet habe. Das ist doch eine relativ abenteuerliche Täter-Opfer-Umkehr. Selbst wenn man kein Gefallen an Gendersternen findet, so gibt einem das noch lange keine Berechtigung, Lehrpersonen zu bedrohen.

Tatsächlich handelt es sich hier um eine importierte Debatte, wie Jacqueline Badran in der «Sonntags-Zeitung» treffend festhielt. In den USA tobt dieser Kulturkampf schon seit längerer Zeit. Besonders profiliert dabei hat sich Floridas Gouverneur Ron DeSantis, der seinen eigenen Staat damit anpreist, dass hier der Ort sei, «wo Woke stirbt». Dabei stehen verschiedene Massnahmen im Programm, vom Verbot an Schulen, über Geschlechteridentitäten zu informieren, bis zum

Die SVP übernimmt schon lange die greatest Hits der US-Republikaner. Bis vor Kurzem glaubte ich allerdings, dass die ganz schrill fundamentalistischen in Europa und in der Schweiz nicht funktionieren würden.

Verbot gewisser Bücher in Schulen, unter anderen Werke von Toni Morrison, Margaret Atwood und Arundhati Roy. Die vorgeschobene Begründung ist, dass man Kinder vor pornographischen oder unangebrachten Inhalten schützen will, in Wirklichkeit geht es wohl eher darum, unliebsame Ansichten zu zensieren.

Die SVP übernimmt schon lange die greatest Hits der US-Republikaner. Bis vor Kurzem glaubte ich allerdings, dass die ganz schrill fundamentalistischen in Europa und in der Schweiz nicht funktionieren würden. Das gilt im Prinzip auch für ihren Kampf gegen die angebliche «Transgender-Ideologie», die suggeriert, dass es irgendwie ansteckend

sein könnte, wenn sich Kinder mit verschiedenen Geschlechtsidentitäten auseinandersetzen. Nun ist die Hatz auf trans Personen auch in den USA nicht mehrheitsfähig, genauso wenig wie das Quälen von queeren Kindern. Nur: Eine kleine, aber laute und aggressive Minderheit kann hier viel Schaden anrichten.

Die Absage des Gender-Tages war ein Erfolg für die Hetzer. So freute sich denn auch Nina Fehr Düssel auf Twitter über die Absage (den ersten Tweet mit der Telefonnummer der Schulsozialarbeiterin hat sie mittlerweile gelöscht). Das Ziel von Shitstorms und Hetze ist die Einschüchterung. Und diese Methode hat leider auch Erfolg. Hassrede führt dazu, dass sich Personen aus der Diskussion zurückziehen, sich nicht exponieren wollen. Im schlimmsten Fall führt es gar wie bei alt-Kantonsrätin Sarah Akanji (SP) zum Rückzug aus der Poli-

Wir sind an einen Punkt angekommen, wo wir leider nicht mehr nüchtern oder auch ironisch über Sinn und Unsinn von Gendersternen oder Unisextoiletten debattieren können.

tik. Die vielbeschworene Freiheit soll nur gelten für jene, die der Norm entsprechen, formuliert es Lisa Letnansky in der AL-Fraktionserklärung treffend. Und der zweite Effekt ist ebenso gefährlich. Personen, die nicht den Geschlechternormen entsprechen, sind häufiger Gewalt und Anfeindungen ausgesetzt. Kinder und Jugendliche sind besonders verletzlich, sind anfälliger auf psychische Erkrankungen und haben höhere Suizidraten.

Wir sind an einen Punkt angekommen, wo wir leider nicht mehr nüchtern oder auch ironisch über Sinn und Unsinn von Gendersternen oder Unisextoiletten debattieren können, auch wenn man darüber tatsächlich diskutieren könnte. Sondern an einem Punkt, wo die offene Gesellschaft, die Meinungsfreiheit und die gesellschaftliche Vielfalt bedroht sind. Es ist an der Zeit, dieser destruktiven Hetze entschieden entgegenzutreten. Und es ist zu hoffen, dass sich hierfür eine breite Allianz finden lässt.



Min Li Marti

Kesseltreiben

1. Mai 2023: Sowohl in Basel als auch in Zürich zeigen gewaltbereite, schwarz gekleidete und mit Helmen, Knüppeln und Gummigeschossgewehren ausgerüstete Polizeieinheiten volle Härte. In beiden Städten war die Stimmung im Vorfeld medial aufgeheizt worden, die angeblich «drohende Eskalation» wurde zur selbsterfüllenden Prophezeiung. In Basel hatte die SP Anfang April einen Aktionskonsens angekündigt: Der Schwarze Block sollte von der Demo ausgeschlossen werden. Dieser «Konsens» war allerdings keiner, das 1. Mai-Komitee stand nicht hinter diesem «Demo-Codex», und so musste die SP wenige Tage vor der 1. Mai-Demonstration zurückkriechen. Die fast schon traditionell enthemmt agierende Basler Polizei – wir erinnern uns des Gummischroteinsatzes gegen die Frauendemo vom 8. März 2023 –, diese Polizei und deren Führung nahmen diese Steilvorlage der SP gerne auf und kesselten prompt einen Teil der friedlichen und bewilligten Demo über mehrere Stunden ein.

In Zürich ging die 1. Mai-Demonstration fast reibungslos über die Bühne. Die Nachdemo aber musste um jeden Preis verhindert werden. Einen Monat zuvor war es während einer Demo unter dem Motto «Reclaim the streets» zu Sachbeschädigungen und zu Gewalt gegen Personen gekommen. Die SP distanzierte sich in einer Medienmitteilung von «jeglichen extremistischen Handlungen» und verwahrte sich gegen Kritik an der Polizei und deren Führung. Diese würden «über die nötige Expertise (verfügen), um die Einsätze zu planen und ihre und

unsere Sicherheit zu gewährleisten». Die Stimmung im Vorfeld war angespannt, das Setting war vorgezeichnet: Der «linksextreme Mob» sollte nicht mehr wüten können. Damit sich schon gar nicht erst eine Demo formieren konnte, wurden Demonstrant:innen gleich zu Beginn auf das Kanzleiareal zurückgedrängt und eingekesselt. Zu dieser Zeit waren dort auch zahlreiche Unbeteiligte, darunter Familien mit Kindern. Als Reaktion auf Flaschenwürfe schoss die Polizei aus nächster Nähe mit Gummischrot ins Areal, die Hecken verhinderten dabei die Sicht. Bekanntlich wurde ein junger Mann von einem Geschoss am Auge schwer verletzt und wird vermutlich sein Leben lang auf einem Auge blind sein. Nur in einer «Notwehrsituation» darf der Minimalabstand beim Einsatz eines Gummischrotgewehrs unterschritten werden. Abgesehen von der nicht eingehaltenen Mindestdistanz war dieser Polizeieinsatz auch sonst in jeder Hinsicht unverhältnismässig. Gummigeschosse werden laut Polizeidoktrin eingesetzt, um einen Direktkontakt mit der Gegenseite zu vermeiden. Zwischen den Polizeigrenadiern und den Eingekesselten im Kanzleiareal war ein Metallzaun und deshalb ein direktes Zusammenstossen gar nicht möglich. Von Notwehr kann also keine Rede sein. Laut Recherchen der «Republik» wurde in den letzten zehn Jahren in der Deutschschweiz durchschnittlich jedes Jahr eine Person durch ein Gummigeschoss schwer verletzt – oft waren die Opfer auch Unbeteiligte. In vielen Ländern Europas ist Gummischrot verboten, weil dessen Einsetzen zu gefährlich ist.

Das Ausschroten von Augen muss ein Ende haben! Das fordert die Gemeinderatsfraktion der Alternativen Liste nach dem 1. Mai im Zürcher Gemeinderat. Auch die Grünen kritisierten in zwei persönlichen Erklärungen die Polizeigewalt und den Einsatz von Gummischrot scharf. Die SP hüllte sich in Schweigen. Weshalb hört man nichts, wenn die Polizei offensichtlich nicht über «die nötige Expertise verfügt, um die Einsätze zu planen und ihre und unsere Sicherheit zu gewährleisten»? Die grüne Sicherheitsvorsteherin Karin Rykart bedauerte die schwere Verletzung eines Demonstranten und zeigte sich dennoch zufrieden. Die Polizei habe den von ihr gesetzten Rahmenauftrag «erfolgreich und sehr gut umgesetzt». Koste es, was es wolle?

Amnesty International fordert ein Verbot von Gummigeschossen, eine aktuelle Petition auf Campax hat dasselbe Ziel. Grüne und AL forderten 2022 im Gemeinderat die Abschaffung dieser Waffen. Nur wenn alle fortschrittlichen Kräfte zusammenspannen, können wir dieses überfällige Ziel gemeinsam erreichen.



Patrik Maillard,
Gemeinderat AL

Die AL erhält von P.S. in der Rubrik «Meh Biss» jeden dritten Freitag im Monat eine Plattform für ihre Themen.

Cartoon by Roman Prelicz



Die SVP und der Genderwahn

Ich habe Angst. Als trans Frau habe ich Angst vor der Politik der rechts-aussen-Parteien der Schweiz. Die SVP und ihre Kohorten wollen mein Leben und die Leben meiner trans Geschwister zerstören. Sie politisieren und verteufeln unsere Existenz und das Thema «trans» bei jeder Gelegenheit, um so bei Unwissenden auf Stimmenfang zu gehen.

Vor wenigen Tagen musste die Sekundarschule Stäfa einen Tag, bei dem es um Geschlechterrollen und Gleichstellung gehen sollte, absagen, weil Andreas Glarner, aufgrund eines Transgendereymbols auf der Einladung, zum Rücktritt der Schulleitung aufrief. Es kam zu Telefonterror und Drohungen gegen die Schule. Doch damit nicht genug. Im vergangenen Oktober griffen Neo-Nazis eine Drag-Story-Time für kleine Kinder an. Die Reaktion der SVP: Sie reichte einen Vorstoss im Zürcher Gemeinderat ein, in dem sie das Verbot dieses Events forderte. Dabei benutzt sie dasselbe Wording, das auch die Neo-Nazis in einem Social-Media-Post benutzten.

Der Zweck dieser Angriffe scheint mir klar: Die SVP hat ein neues Stellvertreterthema gefunden.

Die SVP hat ein neues Stellvertreterthema gefunden. Sie kann mit einem Thema, über das viele Menschen wenig wissen, auf Stimmenfang gehen.

Sie kann mit einem Thema, über das viele Menschen wenig wissen, auf Stimmenfang gehen. Diese Taktik ist weder neu, noch ist das Thema, das sich die rechts-extreme Partei ausge-

sucht hat, originell. Die SVP macht Stimmung gegen alles, was nicht in ihr Bild einer weissen, patriarchalen Schweiz passt: Migrant:innen, Muslimas, die Burkas tragen, und nun trans Menschen.

Die Wahl, trans Menschen zum Politikum zu machen, scheint intelligent: Es gibt wenige von uns. Zwischen 0,5 Prozent und 1,5 Prozent der Bevölkerung ist trans. Die meisten Menschen kennen also keine trans Person persönlich. Gleichzeitig ist unsere Gesellschaft so versessen auf die getrennten Geschlechter von Mann und Frau, dass jegliche Abweichung von dieser Norm als abnormal und krank angesehen wird. Die SVP muss also nur an den «gesunden Menschenverstand» appellieren und sich selbst als die vernünftige Partei darstellen, die einfach sagt, wie es ist.

Dank einem Blick in die USA wissen wir aber, wo diese Politik hinführen wird: Die Republikaner:innen benutzen das Thema trans seit Jahren, um Wähler:innenstimmen zu bekommen. Diese diskriminierende Politik nimmt mittlerweile lebensbedrohliche Zustände an: Trans Menschen wird der Zugang zu lebenswichtiger Medizin verwehrt und Eltern werden die Kinder weggenommen, falls sie ihre trans Kinder akzeptieren und unterstützen.

Und darum habe ich Angst: Wir wissen, wohin diese hetzerische Politik führen kann. Auch meine trans Geschwister und ich haben ein Leben ohne Angst verdient. Ein Leben, in dem wir nicht täglich unsere hart erkämpften Rechte verteidigen müssen.

Feministisch streiken

Im Mai vor vier Jahren war ich gemeinsam mit zahlreichen Mitstreiter:innen engagiert in den Vorbereitungen des feministischen Streiktages vom 14. Juni. Es lag in der Luft, dass der Streiktag riesig werden würde. Feministische Themen haben den öffentlichen Diskurs damals stark geprägt. Ich war voller Vorfreude auf den grossen Tag und die Möglichkeit, gemeinsam und stark für Gleichstellung einzustehen. Am Streiktag 2019 haben schweizweit über eine halbe Million Frauen und nicht-binäre Menschen gestreikt. Wir gingen gemeinsam mit solidarischen Männern auf die Strasse. Es war ein grandioser und extrem wichtiger Tag.

Politisch und gesellschaftlich hat sich nach dem Streiktag einiges bewegt. Beispielsweise wird durch die Revision des Sexualstrafrechts die sexuelle Integrität bald besser geschützt. Die Ehe für alle wurde eingeführt. Das Bewusstsein für feministische Themen ist gestiegen. Dies zeigt, dass ein feministischer Streik viel bewirken kann. Trotzdem ist Gleichstellung in der Schweiz noch lange nicht erreicht. Wir müssen uns aktuell eher wieder gegen Rückschritte engagieren.

Auch dieses Jahr planen die Streikkollektive und Gewerkschaften am 14. Juni erneut einen grossen Streik. Wir sind bereits mitten in den Vorbereitungen. Die Streikbewegung fordert unter anderem einen nationalen Plan sowie genügend finanzielle Mittel zur Bekämpfung von geschlechtsspezifischer Gewalt, die faire Aufteilung der Sorge- und Betreuungsarbeit, die Selbstbestimmung über den eigenen Körper und einen Aktionsplan für Klima und Umwelt. Die Stärke der feministischen Streikbewegung ist, dass diverse Forderungen Platz haben – auch der wichtige Einsatz gegen Rassismus, Behindertenfeindlichkeit, Homo- und Transfeindlichkeit ist Teil der Forderungen.

Auch für meinen Aktivismus und meine Politik ist Solidarität wichtig. Zentral ist für mich der Einsatz gegen Mehrfachdiskriminierungen und die Berücksichtigung verschiedener Lebensrealitäten. So braucht es bei der Forderung nach mehr Plätzen in Frauenhäusern auch die Forderung nach barrierefreien

Zentral ist für mich der Einsatz gegen Mehrfachdiskriminierungen und die Berücksichtigung verschiedener Lebensrealitäten.

Schutzplätzen. Es braucht neben Forderungen für Lohngleichheit auch einen Einsatz für einen Mindestlohn sowie auch Forderungen für den spezifischen Schutz geflüchteter Frauen und trans Personen. Solidarität bedeutet, mich für eine lebenswerte Zukunft für alle einzusetzen. Es heisst auch, dass ich mich mit Betroffenen austausche und meine eigenen Privilegien reflektiere.

Ich streike am 14. Juni für eine gewalt- und diskriminierungsfreie Gesellschaft und für intersektionale Gleichstellung. Damit wir dies erreichen, braucht es uns alle! Informationen zum Streik findest du beim feministischen Streikkollektiv Zürich. Ich freue mich, wenn wir uns am 14. Juni auf der Strasse sehen.



Sofia Rohrer, Co-Präsidentin
Juso Stadt Zürich, Nationalratskandidatin



Anna-Béatrice Schmalz,
Gemeinderätin, Nationalratskandidatin Grüne,
Vorstandsmitglied Junge Grüne Zürich

«Auf Knopfdruck lässt sich Zürich nicht auf klimaneutral trimmen»

Ein Jahr ist vergangen, seit sich die Stadt Zürich klar für das Klimaschutzziel «Netto-Null 2040» ausgesprochen hat. Zum Einjährigen verrät der Stadtrat und Vorsteher des Umweltdepartements Andreas Hauri im Gespräch mit Isabel Brun, was die Tücken erfolgreicher Klimapolitik sind und welches Verbot er durchaus unterstützen würde.

Vor einem Jahr sagte die Stadtzürcher Stimmbevölkerung Ja zum Klimaschutzziel «Netto-Null 2040». Was ist Ihnen von dem Tag in Erinnerung geblieben?

Andreas Hauri: Zugegeben, ich habe etwas zwiespältige Gefühle, wenn ich an den Abstimmungssonntag vom 15. Mai 2022 zurückdenke. Zum einen war es natürlich toll, dass das Resultat derart klar ausfiel: Fast 75 Prozent der Stimmbevölkerung waren für das neue Klimaziel – im Kreis 4 stimmten gar über 85 Prozent dafür. Zum anderen lag ich krank im Bett, weil ich mich einige Tage zuvor mit Corona infiziert hatte. Glücklicherweise war ich danach schnell wieder auf den Beinen.

Dann konnten Sie Ihre Energie direkt in die Umsetzung der Vorlage stecken. Inwiefern hat sich die städtische Klimapolitik seit der Abstimmung verändert?

Es ist ein Ruck durch die Verwaltung gegangen. In den letzten zwölf Monaten hat die Stadt ihre Strategien neu ausgerichtet, damit alles an das neue Klimaziel angepasst ist. Das ist und bleibt viel Arbeit, aber es ist wichtig, dass alle Departemente auf Kurs sind.

Solarstrategie, Ernährungsstrategie, Biodiversitätsförderung: Pläne hat die Stadt Zürich zur Genüge – wie sieht es mit konkreten Klimaschutzmassnahmen aus?

Das eine bedingt das andere. Aber natürlich ist es wichtig, dass auf die strategischen Grundlagen auch Massnahmen folgen. Aus diesem Grund haben wir zum Beispiel das Fernwärmenetz ausgebaut, 1800 Ladestationen für Elektrofahrzeuge installiert, eine Charta für nachhaltige Gastronomie lanciert oder uns klar zur Kreislaufwirtschaft bekannt. Zudem wurden im letzten Jahr über 22 Vorlagen im Stadtzürcher Parlament eingereicht, die in irgendeiner Form mit dem Klimaziel zu tun haben.

Kommt der Druck zu handeln eher aus der Politik oder der Bevölkerung?

Rückblickend kam der Startschuss klar aus der Bevölkerung. Spätestens mit der Klimastreik-Bewegung, die im Jahr 2019 auch in der Schweiz an Relevanz gewann, wurde die Klimakrise vermehrt in der Politik behandelt. Der Stadtrat hat entschieden, dass auch Zürich seine Verantwortung wahrnehmen muss. Wir wollen nicht einfach CO₂-Zertifikate einkaufen, sondern aktiv dazu beitragen, Emissionen zu reduzieren.

Dabei ist das System mit den CO₂-Zertifikaten doch recht praktisch. Man bezahlt einen Geldbetrag und kann dafür weiterhin so viele Treibhausgase ausstossen, wie es einem beliebt.

Das ist aber nicht der Weg, den wir als Zürcher Stadtregierung einschlagen wollen. Wo immer möglich soll das Problem an der Wurzel gepackt und der CO₂-Ausstoss auch wirklich minimiert werden.

«Grundsätzlich möchte ich betonen, dass wir es geschafft haben, die direkten Emissionen auf Stadtgebiet seit 2010 um rund 20 Prozent pro Person zu reduzieren.»

Im Bereich der Gebäude scheint das relativ gut zu klappen: Gemäss CO-Statistik der Stadt sind die Emissionen innerhalb von 30 Jahren um 40 Prozent gesunken. Bei der Mobilität sieht es weniger erfreulich aus. Seit fünf Jahren stagniert die Zahl.

Grundsätzlich möchte ich betonen, dass wir es geschafft haben, die direkten Emissionen auf Stadtgebiet seit 2010 um rund 20 Prozent pro Person zu reduzieren. Dass dabei nicht in allen Bereichen alles gleich schnell vorwärts geht, hat leider auch damit zu tun, dass wir auf die Unterstützung des Kantons und des Bundes angewiesen sind.

Dann ist der Kanton schuld daran, dass es nicht vorwärts geht?

Sagen wir es mal so: Die Stadt ist sicher progressiver unterwegs als der Kanton. Und das führt manchmal dazu, dass wir ungewollt auf die Bremsen treten müssen. Dabei zeigt gerade ein aktuelles Beispiel, welchen Einfluss die kantonale Gesetzgebung haben kann.

Sie sprechen vom neuen Energiegesetz, das im Kanton Zürich seit letztem Herbst nur noch nachhaltige Heizsysteme erlaubt, wenn eine alte Öl- oder Gasheizung ersetzt werden muss.

Genau. Von diesem faktischen Verbot neuer Gas- und Ölheizungen profitiert auch die Stadt. Hier ergänzen sich unsere Massnahmen gut mit jenen des Kantons. Man zieht am gleichen Strick – was dazu führt, dass die Pläne schneller greifen.

Und im Bereich Verkehr geschieht das Gegenteil?

Nun, das Thema Mobilität ist grundsätzlich emotional sehr aufgeladen und wird in der Bevölkerung und der Politik heftig diskutiert. Geht es im Parlament um einen politischen Vorstoss, der den Stadtverkehr betrifft, scheiden sich die politischen Geister. Die einen befürchten, nicht mehr mit ihrem Auto durch die Stadt fahren respektive irgendwo parkieren zu können, die anderen hätten am liebsten gar keinen motorisierten Individualverkehr mehr in Zürich.

Was bleibt, ist der altbekannte Kompromiss.

Die Meinung des Stadtrats ist klar: Wir müssen die Emissionen im Bereich der Mobilität senken, damit wir unser Klimaziel Netto-Null bis ins Jahr 2040 erreichen. Deshalb sprechen wir uns vor allem dafür aus, neben dem Fuss- und Veloverkehr sowohl den öffentlichen Verkehr als auch die Elektromobilität stärker zu fördern.

Wären Verbote hier nicht effizienter? Beim kantonalen Energiegesetz war ja genau dieser Punkt ausschlaggebend für eine erfolgreiche klimapolitische Massnahme.

Es gibt Bereiche, wo wir auf Anreize setzen, und andere, wo Verbote zielführender und auch umsetzbar sind. Gerade bei grossen Hebeln wie

dem Gebäudesektor. Auch bei der Ernährung wären in gewissen Bereichen sicher Restriktionen möglich: Ich persönlich zum Beispiel wäre schon lange dafür, den Verkauf von Billigfleisch aus dem Ausland zu verbieten. Und auch die Flüge sind im Vergleich zu den Preisen, die man für Zugreisen bezahlt, immer noch zu günstig.

Aber in der Regel kommt man in einer Demokratie mit weniger einschneidenden Massnahmen weiter als mit Verboten. Es geht in erster Linie darum, die Bevölkerung zu sensibilisieren und sie dazu zu motivieren, regional einzukaufen, sich mehr pflanzlich zu ernähren, ökologische Ferien zu machen und generell nachhaltig zu leben. Dazu gehört auch das Bereitstellen von finanziellen Mitteln.

Sie hatten sich vor einigen Wochen klar dagegen ausgesprochen, in städtischen Alters- und Pflegeheimen nur noch vegetarische Menüs anzubieten. Dabei werden Senior:innen, die ihr Leben lang Fleisch gegessen haben, ja kaum durch Sensibilisierung damit aufhören?

Das mag sein – obwohl natürlich auch Menschen im hohen Alter ihre Einstellung noch ändern können. Ich bin der Meinung, dass unseren Bewohner:innen, die sich im letzten Lebensabschnitt befinden und oft stark pflegebedürftig sind, sowas nicht mehr zugemutet werden soll. Einer 85-jährigen Patientin zu erklären, weshalb sie jetzt ihr Kalbsgeschnetzeltes nicht mehr bestellen kann, ist Blödsinn. Wir müssen bei der grossen Masse und jenen ansetzen, die noch viele Jahre zu leben haben, und somit auch grosses Veränderungspotenzial mitbringen.

Dann müssen die Jungen wieder für die Fehler der Alten büssen?

Damit will ich nur sagen, dass sich die Kosten und Nutzen ungefähr die Waage halten sollten. Ob es wirklich so viel CO₂ einspart, wenn Menschen in den städtischen Gesundheitszentren für das Alter kein Fleisch mehr essen? Ich bezweifle es.

Bis dato weiss die Stadt auch nicht, wieviel CO₂ mit einzelnen Klimaschutzmassnahmen tatsächlich eingespart wird. Ab nächstem Herbst soll das möglich werden: Gerade wird ein entsprechendes Tool erarbeitet, das die Einsparungen direkter CO₂-Emissionen auf Stadtgebiet berechnen kann. Warum hat die Stadt erst nach dem Ja zu Netto-Null damit begonnen, ein solches Instrument zu erarbeiten?

Unser Ziel war schon früh, ein solches Monitoring aufzugleisen. Doch das Thema ist sehr komplex und es dauert manchmal alles länger als gewünscht. Die ersten Resultate werde ich schon bald zu Gesicht bekommen. Der Öffentlichkeit werden sie Ende Jahr vorgestellt.

Diese gibt sich oft sehr ungeduldig. Wie gehen Sie mit der Kritik um, dass die Stadt die grüne Wende verschläft?

Ein gewisser Druck ist gut, er hilft, damit wir unser Ziel nicht aus den Augen verlieren. Was



GLP-Stadtrat Andreas Hauri resümiert: «In der Regel kommt man in einer Demokratie mit weniger einschneidenden Massnahmen weiter als mit Verboten». (Bild: Elio Donauer)

mich viel eher mal irritiert, sind die hohen Erwartungen. Wir geben unser Bestes, aber es ist und bleibt ein Prozess. Auf Knopfdruck lässt sich Zürich als die grösste Stadt der Schweiz nicht auf klimaneutral trimmen.

Enttäuschung wird sicher auch eintreten, wenn das neue Tool aufzeigen würde, dass die bisherigen Massnahmen nicht fruchten.

Ich denke nicht, dass wir uns völlig auf dem Holzweg befinden. Aber klar, ein Restrisiko bleibt.

Mit jedem Tag rückt das Jahr 2040 näher und bis dann sollen die direkten Emissionen auf Stadtgebiet Netto-Null betragen. In der Ansprache des Klimaforums vergangenen März meinten Sie: «Wir werden es nicht ganz auf Null schaffen, aber Technologien werden uns dabei helfen, unser Klimaziel zu erreichen.» Was meinen Sie damit konkret?

Die Rede ist von sogenannten Negativemissionstechnologien, kurz NET. Sie helfen uns dabei, Treibhausgasemissionen aus der Atmosphäre zu ziehen, die wir mit Klimaschutzmassnahmen nicht verhindern können. Zum Beispiel, indem wir CO₂ im Boden speichern. Ein Schweizer Unternehmen erprobt das gerade in Island im grossen Stil. Leider eignen sich unsere Böden nur beschränkt für diese Technologie, da sie anders zusammengesetzt sind.

CO₂ aus Zürich wird also nicht auch in Zürich eingelagert werden können?

Es ist weder nachhaltig noch effizient, hier produziertes CO₂ tausende Kilometer quer durch Europa zu transportieren, nur um es dort einzulagern. Aktuell wird viel dazu geforscht, auch an der ETH Zürich. Neue Technologien bieten auch neue Chancen.

Das hört sich alles so positiv an. Wo liegen die Hürden auf dem Weg zu Netto-Null?

Die grösste Herausforderung sehe ich bei den indirekten Emissionen. Also jenem CO₂, das nicht auf Stadtgebiet ausgestossen, wohl aber durch unseren Konsum verursacht wird. Damit wir diese Emissionen, wie vom Klimaziel Netto-Null verlangt, bis ins Jahr 2040 um 30 Prozent reduzieren können, müssen alle ihre Verantwortung wahrnehmen – Verwaltung, Wirtschaft und Bevölkerung.

Wie wichtig ist in diesem Zusammenhang das Klimaschutz- und Innovationsgesetz, über das die Schweizer Stimmbevölkerung in einem Monat abstimmen wird?

Dass Entscheide auf Kantons- und Bundesebene auch für lokale Klimapolitik wichtig sind, ist kein Geheimnis. Ein Ja zu dem Gesetz würde nicht nur unseren eingeschlagenen Weg legitimieren, es würde auch der Stadt Zürich dabei helfen, ihr Klimaziel zu erreichen. Es geht schliesslich auch darum, dass mehr Fördergelder für den Kampf gegen die Klimakrise fliessen sollen. Davon werden auch wir profitieren können.

«Jugendliche brauchen konfliktfähige Räume»

SP-Gemeinderat Dafi Muharemi und Sozialarbeiter Philippe Haldi kennen den Kreis 12 aus unterschiedlichen Perspektiven. Sie wissen, wie es den Jugendlichen geht und wo das Quartier auf politischer Ebene vernachlässigt wird. Ein Spaziergang durch das Schwamendinger Quartier Hirzenbach.

Steffen Kolberg*

Nirgends fühlt sich Zürich grossstädtischer an als im Tram nach Schwamendingen. Während sich das Gefährt durch den Untergrund bewegt, tauchen leibhaftige U-Bahnstationen vor den Fenstern auf: Breite Bahnsteige, blau schimmerndes Licht. Tatsächlich durchfährt man hier ein Überbleibsel des ehrgeizigen Zürcher U-Bahnprojekts, das die Stimmbevölkerung in den 1970er-Jahren ablehnte. Seit 1986 kommt man dafür unterirdisch mit dem Tram ins Quartier, das vorher nur durch Buslinien mit dem Rest der Stadt verbunden war. So urban die Fahrt im Untergrund auch ist, das Auftauchen am Schwamendingerplatz wirkt dann erst einmal ernüchternd: Kein Grossstadt-Flair mit zubetonierten Hochhausschluchten, stattdessen zwei-bis fünfstöckige 50er-Jahre-Bauten, verkehrsberuhigte Strassen und ein hübscher kleiner Wochenmarkt. Hier treffen wir den SP-Gemeinderat Dafi Muharemi und den Jugendarbeiter Philippe Haldi.

Mit den beiden sprechen wir über das Aufwachsen und die Veränderungen in einem Randquartier, das medial auch schon mal als «Problemquartier» oder «Ghetto» bezeichnet wurde, in dem der Ausländer:innenanteil über- und die Wahlbeteiligung unterdurchschnittlich ist. Und das, wie andere Randquartiere auch, alle paar Jahre durch gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen Jugendlichen in die Schlagzeilen gerät.

Dafi Muharemi kam 2001 im Alter von 14 Jahren aus dem heutigen Nordmazedonien in die Schweiz. Der SP-Politiker sitzt seit letztem Jahr für den Kreis 12 im Gemeinderat. Als Jugendlicher hat er im benachbarten Oerlikon gewohnt und hat durch den Fussball früh einen Bezug zu Schwamendingen aufgebaut. Muharemi findet den Begriff des Problemquartiers falsch und spricht lieber von einem Quartier mit vielen Herausforderungen. Er sagt: «Wenn viele verschiedene Kulturen aufeinandertreffen, ist das nicht immer einfach, aber das heisst nicht, dass es ein Problem ist. Es geht darum, sich gegenseitig kennenzulernen und Verständnis füreinander zu entwickeln.» Das Quartier sei in seinem Empfinden in den letzten 20 Jahren ruhiger geworden: «Es geht in die richtige Richtung.»

Auch Philippe Haldi hat ein Problem mit dem Wort Problemquartier. «Bei diesem Label spielen sehr viele Stereotypen mit. Ich selbst habe Schwamendingen nie als problematisch empfunden,

sondern eher als vielfältigen, uneinheitlichen Ort», sagt er. Haldi ist auf dem Land aufgewachsen. Seit 13 Jahren lebt der 33-Jährige in Zürich. Als Jugendarbeiter im GZ Hirzenbach ist er täglich im Austausch mit Jugendlichen aus dem Quartier, unterstützt sie und kümmert sich, wenn sie Probleme haben. «Es geht darum, anzuerkennen, dass es hier einen besonderen Bedarf von Milieus mit tiefen sozioökonomischen Ressourcen gibt», sagt er. Gleichzeitig geht es ihm darum, genau das nicht zu stigmatisieren.

Hirzenbach ist der Ort unserer Erkundungstour. Ein Quartier, dessen Grenzen am Reissbrett gezogen wurden, als das Bevölkerungswachstum der 1950er- und 60er-Jahre eine administrative Aufteilung Schwamendingens nötig machte. Die Autobahn, die Schwamendingen zerschneidet und deren Einhausung wohl vieles verändern wird, liegt in unserem Rücken. Die eingeschlagene Richtung führt zur Stadtgrenze, wo der Bahnhof Stettbach den einzigen S-Bahn-Anschluss für den Kreis darstellt.

Ein Kreis, der politisch vernachlässigt wird

Den ersten Halt erreichen wir schnell: Ein niedriger 1950er-Jahre-Bau mit Satteldach auf der Ecke Dübendorf- und Winterthurerstrasse. In ihm befinden sich die Quartierwache der Stadtpolizei, aber auch der Schulärztliche sowie der Schulpsychologische Dienst (SPD) Schwamendingen. In

«Wenn viele verschiedene Kulturen aufeinandertreffen, ist das nicht immer einfach, aber das heisst nicht, dass es ein Problem ist.»

Dafi Muharemi, Gemeinderat

wenigen Jahren soll das Gebäude einem Neubau weichen und die Gesundheitsdienste mitsamt Schulpsychologischem Dienst sollen bereits im nächsten Jahr nach Oerlikon umziehen.

Der Stadtrat hat im letzten Jahr seinen ursprünglichen Plan, die SPD-Standorte in der Stadt drastisch zu reduzieren, zwar revidiert. Doch nun findet er nach eigener Aussage keinen Ersatzstandort mehr, um die Institution im Quartier zu halten. Die Folge: Ab 2024 wird Schwamendingen als einziger Zürcher Stadtkreis wohl keinen eigenen Schulpsychologischen Dienst mehr haben. Eltern, Schulkinder sowie Lehr- und Betreuungspersonen müssten für die Beratungsleistungen dann nach Oerlikon fahren. Dabei seien die Hürden, eine solche Hilfeleistung anzunehmen, gerade in Familien mit bildungsfernem Hintergrund gross, meint Muharemi. Und davon gebe es in Schwamendingen eben mehr als in manchen anderen Stadtteilen.

Haldi bestätigt diese Einschätzung aus der Sicht der Sozialen Arbeit. Denn auch der Sozialdienst für Schwamendingen befindet sich in Oerlikon, was für einige Menschen eine Hürde sei: «Gerade bei Milieus von Menschen, die vielleicht auch weniger sprachliche und kulturelle Kenntnisse mitbringen oder weniger Selbstverständlichkeit, sich mit psychischer Gesundheit auseinanderzusetzen, muss man sich bemühen, etwas niederschwelliger zu sein.» Muharemi hat kürzlich ein breit abgestütztes Postulat beim Stadtrat eingereicht, das verlangt, sich noch einmal auf die Suche nach einem Quartierstandort für den SPD zu machen und den Umzug so weit wie möglich hinauszuzögern. Er sieht im momentan geplanten Umzug nach Oerlikon auch ein Zeichen dafür, dass der Kreis 12 politisch manchmal vernachlässigt wird. Hier am Rand der Stadt, wo die meisten Zürcher:innen eher vorbeifahren statt anzuhalten.

Dutzende Häuser dem Abriss geweiht

Dabei gibt es in diesem Quartier durchaus etwas zu sehen, nicht nur weiter oben am Hang des Zürichbergs, wo die Ausflugslokale und Obstwiesen thronen. Auch unten, wo unter dem Label der Gartenstadt in den 1950er- bis 70er-Jahren Platz für zehntausende Menschen entstand und sich die Einwohner:innenzahl in dem ehemals kleinen Dorf in kurzer Zeit verzehnfachte.

An der Dübendorfstrasse stehen in unmittelbarer Nachbarschaft zwei Monumente des mo-

dermistischen Betonbaus: Die Kirche St. Gallus und das Schulhaus Stettbach, beide im städtischen Inventar schützenswerter Bauten. Auf der gegenüberliegenden Strassenseite ist der Wandel dieses Quartiers hautnah zu spüren: Die typischen zwei- bis dreigeschossigen Satteldachhäuser aus der Aufbauzeit des Quartiers sind zu Dutzenden einvisiert und dem Abriss geweiht. Direkt daneben strahlen die ersten Ersatzneubauten in der Sonne. Wahrscheinlich sei es leichter, hier zu verdichten als irgendwo im Stadtzentrum, glaubt Haldi: «Das liegt auch an der unterschiedlichen Sichtbarkeit von Quartieridentitäten. Aus gesamtstädtischer Sicht ist es einfacher, den Charakter des Kreis 4 oder des Seefelds auszumachen als von Affoltern oder Schwamendingen. Aber viele kleinere identitätsstiftende Orte hier sind inzwischen von diesen Bauprojekten betroffen.»

Muharemis Blick schweift entlang der Reihenhäuser. «Das Gesicht des Quartiers, das sind genau diese zwei- bis dreigeschossigen Reihenhäuser, die

«Jugendliche brauchen Orte, an denen sie auch noch bis spät herumhängen können.»

Philippe Haldi, Jugendarbeiter

jetzt langsam verloren gehen», sagt der SP-Politiker. Durch die vielen Ersatzneubauten würden die Mieten auch hier tendenziell teurer, erklärt er, und fügt hinzu: «Wir müssen dafür sorgen, dass der Wohnraum bezahlbar bleibt.» Dank den vielen Genossenschaftswohnungen bewege sich die Steigerung glücklicherweise unter dem Niveau der restlichen Stadt.

Haldi allerdings erzählt davon, dass sich die Fälle häuften, in denen Familien aus ihren Wohnungen müssten und sich dann ausserhalb der Stadtgrenzen, beispielsweise in Wallisellen oder Dübendorf, etwas Neues suchten. «Dafür kommen die Leute, die im Stadtzentrum keine Wohnung mehr finden, dann hierher», sagt er.

Nicht ganz einig sind sich der Politiker und der Jugendarbeiter bei der Einhausung und dem darauf entstehenden Überlandpark: Während Muharemi betont, dass er sich besonders auf die Ruhe freue, die mit der Überdeckung der Autobahn einhergehe, sieht Haldi in dem geplanten Park potenzielle Nutzungskonflikte heraufziehen. Zwar habe es einen partizipativen Prozess zur Gestaltung des Parks gegeben, an dem er als Vertreter der Jugendarbeit auch teilgenommen habe. Dieser habe sich aber nicht an die Jugendlichen als Anspruchsgruppe gewandt: «Ein Raum, der nicht mit den Leuten zusammen gestaltet wird, ist anfälliger für Konflikte. Er vergisst Bedürfnisse. Für die Jugendlichen wird es schwierig, sich diesen Park anzueignen.»

Es mangle im Quartier an Orten, die sich an Jugendliche richten würden. Die Stadtentwick-



Philippe Haldi (links) und Dafi Muharemi diskutieren die Veränderungen im Quartier. (Bild: Yves De Prà)

lung halte nicht Schritt mit der Entwicklung im Quartier, die davon ausgeht, dass immer mehr junge Menschen im Kreis 12 wohnen. «Jugendliche brauchen Orte, an denen sie auch noch bis spät herumhängen und mal laut sein können, wo sie vielleicht auch mal einen Tag platzieren können. Sie brauchen Räume, die konfliktfähig sind», so Haldi.

Wie es anders geht, zeigt der Aussenraum, der direkt an das GZ Hirzenbach angrenzt. Als wir uns nähern, zeigt Haldi auf mehrere Hügel, hinter denen Jugendliche ungestört und ungesehen sein können. «Als der Park im Zuge der Renovation des GZs neu gestaltet wurde, haben wir uns dafür stark gemacht, dass es solche Nischen gibt», erläutert Haldi. Das Nebeneinander von Kinderspielflächen und herumhängenden Jugendlichen funktioniert sehr gut: «Auch Nachbarschaftskonflikte sind kein grosses Thema hier.»

Der richtige Ort zum Ankommen

Das GZ Hirzenbach liegt bereits am Stadtrand. In dieser Ecke stehen sie, die Hochhausblöcke, die Urbanität ausstrahlen. Die Kinder und Jugendlichen, denen wir auf dem Weg begegnen, grüssen Haldi, laufen zu ihm, unterhalten sich kurz mit ihm. Hinter dem Gebäude schliesst direkt das Sportzentrum Heerenschürli an. Sporthalle, Rasenfelder und hohe Umzäunungen strahlen in leuchtendem Grün. Hier steht das brandneue Campus-Gebäude des Fussballclubs Zürich. Hier trainieren die FCZ-Frauen und die Mannschaften des FC Schwamendingen. Letzterer bringt Muharemi ins Schwärmen: Beim FC Schwamendingen sei er erst Spieler, später Schiedsrichter gewesen. Der Fussball trage viel zum Miteinander und zum gegenseitigen Verständnis im Quartier bei.

Zürich Nord sei für ihn der richtige Ort zum Ankommen in der Schweiz gewesen, findet Muharemi: «Ich habe mich hier von Anfang an sehr wohlfühlt. Wahrscheinlich waren die vielen Menschen mit Migrationshintergrund für mich eine Schnittstelle zur neuen Realität und haben mir geholfen, den Spagat zur neuen, schweizer-

schen Kultur zu schaffen. Wenn ich am Zürichberg gelandet wäre, wäre es für mich vielleicht eher schwieriger gewesen.»

Der SP-Politiker plädiert für das Wahl- und Stimmrecht für Ausländer:innen auf kommunaler Ebene, um auch die politische Integration der migrantisch geprägten Bevölkerung voranzubringen. Er selbst holte bei den letztjährigen Gemeinderatswahlen als Politneuling die drittmeisten Stimmen auf der SP-Liste und konnte somit den dritten Sitz im Kreis 12 trotz des negativen Trends der stadtweiten SP verteidigen. Das zeige, wie wichtig die politische Repräsentation der Menschen mit Migrationshintergrund sei, findet er: Als er während seiner Kandidatur auf diese Menschen zugegangen sei, hätten diese sich angesprochen gefühlt, Leute ohne Stimmrecht hätten eingebürgerte Bekannte und Verwandte ermuntert, wählen zu gehen und für ihn zu stimmen.

«Für mich ist Integration eine Frage der Teilhabe», sagt Haldi: «Dabei geht es um die Möglichkeit, sich etwas zu erschliessen, Zugriff darauf zu haben und das eigene Potenzial so einsetzen zu können, wie man das gerne möchte.» Während Muharemi sich dafür einsetzt, dass die bestehende soziale Infrastruktur im Quartier bleibt, fragt er sich vor allem: «Wie schaffen wir es, sie Schritt halten zu lassen mit der Bevölkerungsentwicklung?»

Zum Ende unseres Spaziergangs stehen wir am Bahnhof Stettbach. Die Stadtgrenze verläuft mitten durch das Bahnhofsgelände, auf der gegenüberliegenden Seite stehen die schicken neuen Wohn- und Bürohochhäuser am Stadtrand von Dübendorf. Von hier ist man mit der S-Bahn in wenigen Minuten in Zürichs Stadtzentrum oder in den nahen Agglo-Gemeinden. Mit der S-Bahn verlässt man den Kreis 12, wie man gekommen ist: Durch einen Tunnel. In acht Minuten ist man am Hauptbahnhof auf der anderen Seite des Zürichbergs, zwischen Menschenmassen und betonierten Hochhausschluchten.

* Steffen Kolberg ist Redaktor bei «Türli», wo diese Reportage zuerst erschienen ist.

Viel mehr als nur die Öko-Partei

Zum 40. Geburtstag der Partei haben Sarah Bütikofer und Werner Seitz den wissenschaftlichen Sammelband «Die Grünen in der Schweiz» veröffentlicht. Im Gespräch mit Tim Haag erzählen sie, wessen Partei die Grünen sind und was sie in vierzig Jahren eigentlich konkret erreicht haben.



Sarah Bütikofer... (Bild: Flurin Bertschinger)



...und Werner Seitz (Bild: Angela van Diggelen)

Können Sie die Farbe Grün nach dem Herausgeben dieses Buchs noch sehen?

Sarah Bütikofer: Ich habe mir gerade einen hellgrünen Hosenanzug gekauft.

Werner Seitz: Bei den vielen administrativen und redaktionellen Arbeiten hatte ich schon manchmal den einen und anderen Durchhänger, aber jetzt, wo wir das Buch mit einer Punktlandung veröffentlicht haben, ist die Erinnerung an die mühsamen Momente am Schwinden und die Freude über das grüne Buch gross.

Sie sprechen von Punktlandung – wie lange dauerte denn der ganze Flug, vom ersten Strich bis zur Veröffentlichung?

S.B.: Gefühlt ewig. Nach den Wahlen 2019 haben wir angefangen, und die Pandemie hat den Arbeitsprozess auch nicht gerade beflügelt.

Es war also nicht ursprünglich geplant, das Buch auf den 25. Geburtstag der Grünen zu veröffentlichen?

S. B.: Zum 25-Jährigen gab es ja schon eines.

Wieso denn jetzt, nach 40 Jahren Grüne, und nicht nach 50?

W.S.: Das schliesst sich ja nicht aus. Grund waren die Wahlen von 2019, bei denen die ökologischen Parteien, die Grünliberalen und vor allem die Grünen, massiv zugelegt haben. Dieses Resultat wollten wir vertieft analysieren. Zudem lagen 2019 bedeutend grössere Zahlenreihen für die Grünen vor als 2008.

Sind Sie selbst Unterstützer:innen der Grünen?

S.B.: Nein. Ich bin eine Gegnerin von Betroffenheitsforschung. Ich finde die Beschäftigung mit

den Grünen aber aus politikwissenschaftlicher Warte interessant: Die Grünen sind die einzige neuere Partei, die sich in den letzten vier Jahrzehnten im politischen System der Schweiz fest etabliert hat.

Sie konnte dem Schicksal vieler Kleinparteien entgehen: Sie wurde weder von einer grossen Partei übernommen, noch ging sie eine Fusion ein, noch hat sie sich selbst aufgelöst. Im Gegenteil: Die Grünen sind heute in allen Landesteilen präsent und haben majorzfähige Mitglieder. Vorwiegend in den urbanen Gebieten der Schweiz übernimmt die Partei mittlerweile auch Verantwortung in Exekutivämtern.

W.S.: Mich hat die rotgrüne Bewegung von Anfang an interessiert und ich habe sie immer wieder analysiert. Mitglied bei den Grünen bin ich aber nicht.

Für welches Publikum ist der Sammelband gedacht?

W.S.: Wir wollten ein Buch herausgeben, das zwar wissenschaftlich fundiert, aber auch für ein nichtwissenschaftliches, interessiertes Publikum leicht verständlich ist.

S.B.: Das Buch hat auch eine Archivfunktion. Es werden aktuelle Fragestellungen angegangen, es soll aber noch in zehn oder zwanzig Jahren Interessierten reichhaltiges Material geben. Aus diesem Grund haben wir auch zahlreiche Forscher:innen mit unterschiedlichen Schwerpunkten und Fachgebieten eingeladen, einen Beitrag zu verfassen, um die Entwicklung der Grünen aus vielfältigen Blickwinkeln zu beleuchten.

Wie steht es denn um die Geschichte? Ist die Grüne Partei heute noch dieselbe wie 1983?

W.S.: Keine Partei ist mehr dieselbe wie vor 40 Jahren. Als die Grüne Partei gegründet wurde, gab es eine eher gemässigte Formation, die sich Ökologie, Nachhaltigkeit und Dezentralisierung auf die Fahne geschrieben hatte, und es gab alternative Grüne, zu denen sich auch 68er-Parteien gesellten. Diese verbanden grüne Ideen mit gesellschaftspolitischen Fragen wie Pazifismus, Feminismus, Selbstverwaltung oder internationaler Solidarität. Heute sind die meisten dieser Formationen in der Grünen Partei aufgegangen, die eine stattliche Partei geworden ist.

S.B.: Zu Beginn fanden sich Aktivist:innen aus verschiedenen Bewegungen zu den Grünen zusammen. Einige Mitglieder misstrauten den politischen Institutionen und wollten sich klar davon abgrenzen. Heute haben die Grünen in der ganzen Schweiz in Parlamenten Einsitz, stellen Exekutivamtsträger:innen und vertreten sogar einige Kantone im Ständerat.

Und der/die prototypische Grüne Wähler/Wählerin, haben die sich über die Jahre genauso verändert?

S.B.: Jein. Die Grünen haben einerseits einen Anteil an Wähler:innen, der die Partei schon seit langem wählt, andererseits war ein grosser Teil der heutigen grünen Wähler:innen vor 40 Jahren noch gar nicht auf der Welt. Es ist der Partei gelungen,

ZU DEN PERSONEN

Sarah Bütikofer ist promovierte Politikwissenschaftlerin, Herausgeberin von «DeFacto» und Dozentin an verschiedenen Universitäten sowie Projektpartnerin bei Sotomo. Ihre Schwerpunkte sind Schweizer Politik und Parlamentsforschung.

Werner Seitz, Dr. phil., ist Politologe und leitete während zwanzig Jahren im Bundesamt für Statistik die Sektion «Politik, Kultur, Medien». Er verfasste Bücher über die politische Kultur, den Kampf der Frauen um die politische Gleichstellung sowie über die Grünen.

ihre Wählerschaft der ersten Stunde mitzunehmen und gleichzeitig besonders bei gebildeten, jungen, städtischen Wähler:innen, die politisch links stehen, auf breite Unterstützung zu stossen. Die Partei wird zudem häufiger von Frauen als von Männern gewählt.

Die Grünen sind die Partei der Jungen – sind sie auch die Partei des Klimaaktivismus?

W.S.: Das wäre eine grobe Verkürzung. Es liegt zwar auf der Hand: Wenn eine Partei Kontakt zu dieser Bewegung hat, sind es am ehesten die Grünen. Umgekehrt sind die Grünen aber nicht nur die Partei des Klimaschutzes. Die Grünen sind – neben der Ökologie – auch besonders kompetent in gesellschaftspolitischen Fragen, bei denen sie eine progressive Position einnehmen.

S.B.: Es gibt viele Themen der Gesellschafts- und Staatspolitik, die häufig zuerst von Grünen besetzt werden. Zum Beispiel Ausländer:innenstimmrecht und andere Bürgerrechtsfragen, Stimmrechtsalter 16, Kampf gegen Gewalt in Partnerschaften, Cannabislegalisierung, Straffreiheit von Schwangerschaftsabbrüchen oder auch Themen wie Food Waste oder Kreislaufwirtschaft. Nicht selten sind es Nischenfragen und avantgardistische Positionen, welche die Grünen vertreten. Die «Ehe für alle» ist so ein Beispiel. Es war eine grüne Parlamentarierin, die diesen Vorstoss 1998 als erste im nationalen Parlament einbrachte. Damals wurde er abgeschmettert. Und jetzt, eine Generation später, ist die «Ehe für alle» mehrheitsfähig.

Ausländer:innenstimmrecht, LGTBQI, Schwangerschaftsabbrüche, Gleichstellung – wäre das eigentlich nicht eher Terrain der SP?

S.B.: Nicht zwingend oder zumindest nicht ausschliesslich. Auf der eindimensionalen links-rechts Achse, wo es vor allem um ökonomische (Umverteilungs)Fragen geht, stand die SP historisch schon immer links. Sie setzte sich für ein linkes Wirtschaftsprogramm ein, sie befürwortete staatliche Eingriffe, Regulierungen und einen starken Sozialstaat. Über die letzten Jahrzehnte wurde die zweite Dimension zunehmend wichtiger: die kulturelle oder Wertedimension. Damit sind Fragen der politischen Identität und der kulturellen Zugehörigkeit gemeint. Auf dieser Dimension haben sich die Grünen schon immer klar progressiv positioniert, während die SP erst später nachgerutscht ist.

In den letzten Jahren hat die SP Wähler:innen an die Grünen verloren. Wieso?

W.S.: Im Zug der Transformation der Gesellschaft von einer Industrie- in eine Wissensgesellschaft ist der SP ihr traditioneller Wähler, der Industriearbeiter, zunehmend abhanden gekommen. Die SP hat sich daher den neuen sozialen Bewegungen zugewandt. Dieses Segment ist auch die Basis der Grünen. Aus diesem Grund politisieren SP und Grüne auf einer sehr ähnlichen Basis mit sehr ähnlichen Inhalten. Es gibt aber unterschied-

liche Profile und Kompetenzzuweisungen. Je nach Themenkonjunktur verliert die SP bei den Wahlen an die Grünen – nämlich bei ökologischen Themen – oder die Grünen an die SP, bei sozial- oder aussenpolitischen Themen.

S.B.: Wichtig ist aber auch festzuhalten, dass in der Schweiz die SP im Gegensatz zu anderen europäischen sozialdemokratischen Parteien nicht im gleichen Ausmass Wähler:innenanteile verloren hat. Das linke Lager ist über die Zeit nicht geschrumpft.

Was haben die Grünen in den letzten 40 Jahren eigentlich erreicht?

W.S.: Um es kurz zu sagen: Die Grünen haben sich die Kompetenz in Fragen der Ökologie und der progressiven gesellschaftlichen Werte erarbeitet. Sie garantieren, dass diese nicht vernachlässigt werden und sorgen dafür, dass sie im Bündnis mit anderen Parteien grössere Akzeptanz erhalten.

S.B.: Im politischen System der Schweiz kann aber natürlich keine Partei alleine einen bestimmten Kurs festlegen. Es braucht immer Verbündete.

Und was müssen sie bis zum nächsten Jubiläum besser machen?

S.B.: Naja, zum Beispiel sind sie noch immer nicht im Bundesrat. Das liegt aber nicht nur an ihnen, sondern auch an den Mehrheitsverhältnissen in der Bundesversammlung.

W.S.: Ich möchte mir nicht anmassen, zu sagen, wie es die Grünen in Zukunft besser machen sollen. Die Geschichte der Grünen zeigt jedoch deutlich, dass es ihnen gelungen ist, in der institutionellen Politik ein ernstzunehmender Faktor zu werden und gleichzeitig mit den Bewegungen in Kontakt zu bleiben. Diesen nicht immer einfachen Spagat sollten sie beibehalten.

ZUM BUCH

Im neu erscheinenden Sammelband beleuchten 18 Autor:innen die Grünen Schweiz in all ihren Facetten. Untersucht werden ihre Geschichte und das Profil ihrer Wähler:innen, ihr intensiver Gebrauch der direktdemokratischen Instrumente oder das Stimmverhalten der Grünen im Nationalrat.

Ein Vergleich mit den anderen Grünen Parteien in Europa zeigt, dass die Grünen Schweiz besonders wählerstark sind und sich ausgesprochen links positionieren.

Sarah Bütikofer, Werner Seitz (Hrsg.): **Die Grünen in der Schweiz. Entwicklung – Wirken – Perspektiven.** Seismo Verlag 2023, 227 Seiten, 38 Franken.



Ein Zubringer komplettiert die Westumfahrung

Die Westumfahrung Zürich ist doch längst fertig gebaut? Nicht ganz: Am Wochenende vom 2. / 3. Juni wird das letzte Stück, der Autobahnzubringer Obfelden – Ottenbach, mit dem «Zuebringerfäscht» eingeweiht.

Nicole Soland

Der Autobahnzubringer Obfelden – Ottenbach wird am 5. Juni dem Verkehr übergeben, wie am 12. Mai an einer Medienorientierung in Bickwil zu erfahren war. Der ursprüngliche Plan hatte allerdings gelaftet, den Autobahnzubringer im Rahmen des Baus der Westumfahrung Zürich zu erstellen: Am 21. Oktober 2004 teilte der Regierungsrat mit, er habe dem Konzept «Regionale Netzstrategie Knonaueramt und flankierende Massnahmen N4» zugestimmt. Am 14. Mai 2007 jedoch verschickte der Regierungsrat eine Medienmitteilung mit dem Titel, «Verkehr durch Obfelden und Ottenbach soll auf bestehendem Strassensystem siedlungsverträglich bewältigt werden». Früher erarbeitete Varianten für eine durchgehende Umfahrung von Ottenbach und Obfelden in offener Linienführung seien von Fachstellen des Kantons und des Bundes als «nicht umweltverträglich beurteilt worden». Und weiter: «Die für Obfelden ebenfalls geprüfte Tunnelvariante, die dem Umweltschutz Rechnung tragen würde, erachtet der Regierungsrat aufgrund der hohen Kosten als unverhältnismässig.» Sie würde rund 130 Millionen Franken kosten, rechnete der Regierungsrat damals vor. Klammer auf: Als die Westumfahrung 2009 eröffnet wurde, gab es zwar ein grosses Fest, doch die Gemeinden Obfelden und Ottenbach machten nicht mit... Klammer zu.

Am 13. Dezember 2007 teilte der Regierungsrat mit, er habe «aufgrund einer Neubeurteilung die

Umfahrung der Gemeinde Ottenbach beschlossen. Der gleichzeitige Ausbau der Muristrasse in Bickwil und entsprechende flankierende Massnahmen sorgen dafür, dass auch die Gemeinde Obfelden vom Durchgangsverkehr entlastet wird. So kam es denn auch, der Kantonsrat stimmte dem Kredit für das Projekt samt Tieferlegung der Strasse durch

Die Stimmberechtigten hiessen den Autobahnzubringer 2012 mit 62,6 Prozent Ja-Stimmen gut.

Bickwil und mit Gesamtkosten von 65,4 Millionen Franken am 9. Januar 2012 mit 94 zu 74 Stimmen zu. Die Stimmberechtigten hiessen den Autobahnzubringer am 23. September 2012 mit 62,6 Prozent Ja-Stimmen gut. Dies nach ausführlichen Debatten – im P.S. vom 6. September 2012 beispielsweise «fetzten» sich zwei damalige Mitglieder des Kantonsrats: Der SP-ler David Rittmeyer aus Obfelden war dafür, der Grüne Hans Läubli aus Affoltern dagegen.

Rittmeyer stellte klar: «Durchgangs- und Schwerverkehr gehört auf eine geeignete Strasse kanalisiert.» Läubli konterte: «Es braucht keine Umfahrung, sondern Tempo- 30-Zonen auch auf Kantonsstrassen.»

Am 10. Oktober 2016 schliesslich teilte der Regierungsrat mit, er habe das Projekt im Juli 2016 festgesetzt und den Grossteil der 77 Einsprachen abgewiesen: «Gegen diesen Festsetzungsentscheid haben fünf Privatpersonen beim Verwaltungsgericht Beschwerde erhoben. Deshalb wird sich der für 2018 geplante Baubeginn um mindestens ein Jahr verzögern.» Es dauerte dann noch etwas länger – der Spatenstich erfolgte am 24. August 2020.

«Termingerechte» Übergabe

Und jetzt kann also der Autobahnzubringer A4 in Obfelden und Ottenbach am 5. Juni «termingerecht» dem Verkehr übergeben werden. Die Kosten für die Umfahrung von Ottenbach respektive die neu gestaltete Unterführung in Obfelden belaufen sich auf knapp 80 Millionen Franken. Den nötigen Zusatzkredit bewilligte der Kantonsrat Anfang 2022. Die Umfahrung selbst werde 5,4 Millionen Franken mehr kosten als geplant, heisst es in

der Medienmitteilung vom 12. Mai. Mit der Umfahrung würden die beiden Gemeinden «nachhaltig vom Durchgangs- und Schwerverkehr entlastet», die Schulwege würden sicherer, und dank dem «Herzstück» des Zubringers, der Durchfahrt Bickwil mit der 255 Meter langen Unterführung, werde «das zuvor zerschnittene Quartier wieder zusammenwachsen». Was den unvermeidlichen Eingriff in die Natur betrifft, seien «diverse Ausgleichs- und Ersatzmassnahmen» umgesetzt worden. Im Einladungsflyer zum «Zuebringerfäscht» führt Baudirektor Martin Neukom dazu aus, man habe dem neuen Autobahnzubringer «nicht einfach nur 6 Fussballfelder Fruchtfolgefleichen opfern» müssen, sondern durch Aufwertungen seien auch wieder 6,5 Fussballfelder neue Fruchtfolgefleichen entstanden. Zudem wurden «4,5 Fussballfelder Magerwiesen angesät, 6000 Quadratmeter Moor regeneriert, 23 Bäume gepflanzt, zwei Wildtierbrücken, eine Wildtierunterführung und 15 Kleintierdurchlässe gebaut sowie ein 4,5 km langes Amphibienleitsystem erstellt».

Infos zum «Zuebringerfäscht» am 2. und 3. Juni unter www.obfelden.ch/aktuell/zuebringerfaescht.html/292



Blick vom «Deckel» der neuen Unterführung Bickwil in Fahrtrichtung Ottenbach. (Bild: Nicole Soland)

Naturgewalt

Wie eine patriarchal konnotierte Legende zur Belastung für eine junge Frau wird.

Die Jahreszahlen, zu denen das «grosse Wasser» die sonst eher von Dürre bedrohten Gefilde im südlichen Spanien als zerstörerische Flut heimgesucht hatte, gehören vor Ort zum Allgemeinwissen. Genauso die Furcht vor der mit grosser Gewissheit wiederkehrenden nächsten Überschwemmung. Mit den Jahrhunderten entwickelte sich ein Aberglaube einer mythisch-verklärten Legende, einzig eine ausgesuchte, eigentlich bereits qua Geburt dazu prädestinierte junge Frau vermöge die Naturgewalt dieses Wassers mit ihrer Selbsthingabe alias Opferung zu besänftigen.

In Elena López Rieras Spielfilmerstling «El Agua» ist Ana (Lunas Pamies) aktuell diese junge Frau. Bereits wie ihre Grossmutter (Nieve De Medina) und ihre Mutter (Bárbara Lennie) trägt sie «das Wasser» als böses Omen in sich. Eine kommende Naturkatastrophe ist nur eine Frage von Zeit. Was eine junge Person das Geschwätz der Alten angeht, wäre die nächstliegende Frage, wenn damit nicht eine Sippenhaft und ein gesellschaftlicher Ausschluss zusammenhängen, die ein Unbeschwertsein im Leben und Gedeihen ebendieser jungen Frau von A bis Z ganz real verun-



möglichten. Der Spielfilm wird immer wieder von Nacherzählung dieser Überlieferung von realen Frauen durchbrochen, woraus immer sowohl eine grosse Ehrfurcht wie auch die nicht mindere Erleichterung spricht, selber nicht diese Auserwählte zu sein. Ana und ihre hauptsächlichs Girlclique haben in diesen Sommertagen an sich ganz andere Sorgen. Eine erste Liebe und die damit einhergehenden Komplikationen, eine auf berufliche Zukunft in einer strukturschwachen Region und das längst nicht nur in diesem Alter nicht zu überschätzende Qualitätsmerkmal des Feierns des eigenen Lebendigseins. Ohne dabei trübsinnig zu werden, erzählt Elena López Riera von der an die Unmöglichkeit grenzenden Schwierigkeit und der damit einhergehenden Last für Ana, ein selbstbestimmtes Leben zu emanzipieren. Die Legende ist die eigentliche Naturgewalt. *froh.*

«El Agua» spielt im Kino Houdini.

Hinschied

Über das subjektive Leben hinaus glückt «Röbi geht» eine grundsätzliche Sinnfindung.

Weder die Lebensdaten noch die Hervorhebung von beruflichen oder privaten Pflöcken während der physischen Materialisierung alias ein Menschenleben stehen in «Röbi geht» von Christian Labhart und Heidi Schmid im Mittelpunkt. Und erstaunlicherweise genauso wenig das sich durch eine medizinische Diagnose unmittelbar stärker als durch die reine Kenntnisnahme des Alters manifestierende Ende alias Tod. Gut, vordergründig zeigt der Film das letzte Halbjahr von Röbi Widmer aus Robenhausen. Angereichert von Fotografien und Familienfilmen, die ein Leben darstellen, lyrisch formulierten Gedanken über das Unausweichliche und Gespräche mit Besucher:innen auf dem Sofa. Was den Film indes potenziell über den reinen Bekanntenkreis seiner zentralen Figur hinaus interessierend machen könnte, ist eine darin exemplarisch vorkommende, grundlegende Haltung, die auch die Möglichkeiten und Energien eines Zeitgeistes respektive einer Epoche umfassen. Die 1970er-Jahre und das linksalternativen Streben nach Gemeinschaft im Leben, der Sinnhaftigkeit im Tun, der Verlässlichkeit in den Beziehungen. Ein Verständnis eines Lebens



als Ganzes. Daraus erwächst praktisch zwingend ein politisches Engagement, was nicht Ämtchen meinen muss. Eine bewusste, kritische Widerständigkeit, die Verantwortung und Verbindlichkeit gegenüber allem als unter Verbündeten einfacher zu realisieren ansieht. Und die diese Ideale in einer experimentellen bis hippiesken, grösstmöglichen Selbstorganisation in eine soziale wie ökologische Tragfähigkeit zu überführen trachtet. Darauf vertrauend, dass «gut Ding will Weile haben», bei ausreichend Geduld und Engagement die bildhaften Rosen bringen wird. Wem es gelingt, Neugier und Verspieltheit in einer Balance mit pragmatischer Sturheit auch gegen Widerstände zu leben und zu bewahren, wird womöglich lebensklug und erfährt daraus Zufriedenheit und Sinn und kann dem eigenen Hinschied mit Gelassenheit begegnen. *froh.*

«Röbi geht» spielt im Kino Movie.

Ungeklärt

Gleich der erste Fall in zu grossen Fussstapfen wird für Yohan zur Belastungsprobe.

Auf die Lobreden für den Vorgänger folgt die frotzelnde Infragestellung der Eignung Yohans (Bastien Bouillon) als junger Chef der Kriminalpolizei. Zeitgleich muss sich Clara (Lula Cotton-Frapier) von einer Party unter Freundinnen regelrecht loseisen. Die Stimmung zu Beginn von Dominik Molls «La nuit du 12» zeigt zwei Situationen ungleicher Aufgekratzttheit. Das tragende Element der Nuancierung ist von vornherein gesetzt. Ebenso deklariert ist die nicht zu erwartende Aufklärung des fürderhin behandelten Kriminalfalls.

Die tendenziell verkrustete Männergruppendynamik eines Polizeicorps findet sich mit einer moralisch fluiden, hedonistischen Lebensgestaltung eines jugendlichen Mordopfers konfrontiert.



Die damit ausgelöste Verunsicherung vermag es, tief in die Verkrustung einzudringen. Ein Grund oder eine Motivation, einer jungen Frau unvermittelt Benzin ins Gesicht zu spritzen, sie anzuzünden und lichterloh brennend liegenzulassen, wird keiner ermittelbar. Die individuell als moralisch verwerflich einstuftbare Haltung der zahlreichen, teils vorbestraften oder aus internalisiertem Rassismus heraus in Verdacht geratenden Gelegenheitssexualpartner des Opfers bringen in Kombination mit der Unerklärbarkeit der Tat den Kompass der Ermittler aus dem Lot. Auf der Suche nach einem alternativen Halt stellen die bisherigen Teflonkerls mittelbar sich selbst infrage und sind faute de mieux dazu angehalten, ihren Zusammenhalt als Team, also die zwischenmenschliche Offen- und Vertrautheit neu zu verhandeln.

Dominik Moll führt also die Filmspannung über die reine Kriminalhandlung hinaus zeitgleich in eine nahezu philosophische Existenzfrage, durchleuchtet die soziale Werteskala einer Gesellschaft und fordert die Bereitschaft respektive das Vermögen einer tiefen Selbstreflexion im Verhältnis zu all diesen teils divergierenden zeitgleichen Prüfungen. Dergestalt werden seine Figuren ungemein plastisch. *froh.*

«La nuit du 12» spielt im Kino RiffRaff.

Adel reloaded, BruttoÖKOsozialprodukt, Casanovas Ende

Samstag, 20. Mai

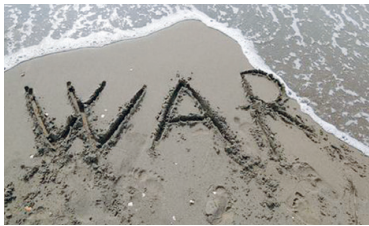
8.30 SWR: «**Wie inklusiv sind Hochschulen?**» Christine Werner zur Praxis des Studierens mit Behinderung.

11.00 DLF: «**Frankreich und der Flachs.**» Eine alte Kulturpflanze erlebt eine neue Blüte. Suzanne Krause in der Reportage-Reihe Gesichter Europas.

17.00 SWR: «**Zeitgenossen.**» Tonio Kleinknecht, Theaterintendant.

19.00 SWR: «**Der Mann, der den Zügen nachsah.**» Hörspiel nach Georges Simeon. Gibt es gute Gründe, kriminell zu werden?

20.00 DLF: «**Songplay.**» Oder eine Sekunde für die Wiesel. Hörstück von Ivana Sajko. Aus dem Kroatischen von Alida Bremer. Musik: Martin Schütz. Diese zweite



Radioproduktion der in Berlin wirkenden Dramaturgin vereine zwei Hauptgedanken: «Der erste war eine Erfahrung des Klangs und des Zuhörens, der andere war die europäische heute bevölkert.» Beide verschmolzen zu einem Hörerlebnis, «das einer Bombenexplosion ähnelt». Parallel zu dieser Premiere offeriert SRF 2 als Reprise: «Aus der Asche.» Hörspiel von Sebastian Hocke. Jahresende, eine Serie von Brandstiftungen sucht die Gegend heim. Wer wohl findet in den Feuern eine Möglichkeit der Erlösung?

21.00 SRF 2: «**Lessons in Love and Violence.**» George Benjamin in Musik unserer Zeit.

22.00 DLF: «**Von Windfarben und leisen Geburten.**» Reprisen im Atelier neuer Musik. Gleichzeitig bei SWR 2: «In the mood for swing.» Popstimmen singen Jazzstandards. Joni Mitchell, Robbie Williams, Annie Lennox, Bryan Ferry, Lady Gaga ... Und nach 23 Uhr ist eine bis über Mitternacht hinaus reichende Ursendung angesagt: «Was kostet den Kopf?» Hörstück von FM Einheit und Siegfried Zielinski. In der als «Ringschaltung» bezeichneten Produktion stünden «die seinerzeit verrückten und heute verblüffend aktuellen Ideen» der sowjetischen Künstlergruppe um Dziga Vertov im Zentrum, verknüpft mit dem Jetzt. Was damals den Kopf kosten konnte, zeigt die Ermordung des Dichters Alexej Gastew und des Theatermechanikers Meyerhold durch das Gewaltregime Stalins. Danach bis 2 Uhr: «FM Einheit macht den DJ für seine Musik.»

23.00 DLF: «**Ich leb allein in meinem Himmel.**» Eine Lange Nacht über den Komponisten und Dirigenten Gustav Mahler.

Sonntag, 21. Mai

9.30 DLF: «**Adel reloaded.**» Anja Reinhardt geht im Gespräch mit dem Historiker Stephan Malinowski von dessen 2022 mit dem Deutschen Sachbuchpreis ausgezeichneten Werk aus: «Die Hohenzollern und die Nazis. Geschichte einer Kollaboration.» Nach wie vor sei der Adel, «den es in Deutschland seit Ende des Ersten Weltkriegs und mit der Gründung der Weimarer Republik gar nicht mehr gibt», offenbar eine Projektionsfläche. So steht mit dem Stadtschloss in Berlin zumindest architektonisch das alte Preussen wieder auf, der Inhaber des rechtsgerichteten Antaios Verlages richtete sich symbolträchtig auf einem Rittergut ein, und ein Mann namens Heinrich XIII. Prinz Reus war die zentrale Figur einer aktuellen Verschwörung gegen die bundesrepublikanische Demokratie.

10.15 SRF 2: «**Zwei mit Buch.**» Heute direkt von den Solothurner Literaturtagen. Auch ein anschließende «Literaturfenster» und das «Buchzeichen» nach 14 Uhr bei SRF 1 kommen von dort.

12.00 SWR: «**Zwischen religiösen Vorurteilen und Bürokratie.**» Fides Schopp über die internationalen Pflegekräfte als Herausforderung für Kirche und Gesellschaft.

12.40 SRF 2: «**Musik für einen Gast.**» Heute mit dem Autor Ralph Tharayil, live aus Solothurn. Zu dessen erstem Roman –



«Nimm die Alpen weg» – gehört eine Playlist. Selbstverständlich wird auch darüber gesprochen.

14.00 SWR: «**Dort oben.**» Struthof, das französische Lager. Feature von Kaye Mortley. In den Vogesen, dort, wo das Land sich in aussergewöhnlicher Schönheit zeigt, brachten die Nazis nicht nur deutsche Gewaltverbrecher unter, sondern auch Gegner des NS-Regimes, Homosexuelle, Wehrdienstverweigerer sowie Mitglieder der französischen Resistance. Für die Dokumentation aus dem Jahre 1999 wurden ehemalige Lagerinsassen befragt.

15.00 SRF 2: «**Shirin Ebadi. Friedensnobelpreisträgerin.**» Porträtiert von Renate Maurer. Als sie die 75-jährige Nobelpreisträgerin, auch eine der ersten iranischen Richterinnen, vergangenen Herbst zu ihrem Leben befragte, sass die Mullahs noch fest im Sattel. Und doch liessen Ebadis Erinnerungen und Analysen erahnen, dass ein Aufstand nur eine Frage der Zeit war. Die Biografie zeige, wie aus der Revolution des Ayatollah Khomeini gegen den Feudalismus ein theokratisches Regime entstand, das sich mit Terror an der Macht hält.

16.30 DLF: «**BruttoÖKOsozialprodukt.**» Warum wir Wohlstand neu vermessen

müssen. Tomma Schröder in Forschung aktuell.

18.20 SWR: «**Die Vögel.**» Hörspiel von Tarjei Vesaas. Aus dem Norwegischen. Mattis, den die Dorfbewohner auch Dussel nennen, hängt an seiner älteren Schwester Hege, mit der er abgeschieden wohnt und die für ihn sorgt. Und er hängt an der Waldschnepfe, deren Balzflug über die Hütte der Geschwister er beobachtet und die ihm Hoffnung schenkt...

20.00 DLF: «**Das grosse Nichts und das kleine Alles.**» Beate Berger porträtiert Jens Risch in zwölf Szenen. «Ein meditativ Besuch bei einem Mann, der aus Knoten Kunst macht.»

23.00 SWR: «**Walter Gropius und ich.**» Eine fiktive Begegnung. Essay von Heike Hanada, Architektin und derzeit als Künstlerin am 2019 eröffneten Bauhaus-Museum in Weimar.

Montag, 22. Mai

8.30 SWR: «**Von Herakles bis Greta Thunberg.**» Sebastian Felser fragt, was Menschen zu Helden macht.

14.00 SRF 1: «**Wonderland**» von Simona Ryser. In diesem Hörstück über die intensivste Phase des Lebens: die Pubertät kommen fünf Jugendliche zwischen 13 und 16 Jahren zu Wort, darunter auch die Tochter der Autorin. Produziert mit finanzieller Unterstützung der Fachstelle Kultur des Kantons Zürich.

15.00 SWR: «**Vom Leben und Sterben mit Corona.**» Atemprotokolle von Miriam Tscholl.

Dienstag, 23. Mai

8.30 SWR: «**Arbeit bis ins hohe Alter.**» Martin Fritz zeigt, wie Japan auf die demografische Wende reagiert.

9.00 und 18.30 SRF 2: «**Kontext.**» Dem Tabu einen Platz in der Sprache geben: Abtreibung in der Literatur.

15.00 SWR: «**Ohne Arme und Beine erfolgreich.**» Lothar Nickels über den Weg von Janis McDavid.

19.15 DLF: «**Ich war ein praktisches Mädchen.**» Das ukrainische Tagebuch meiner Mutter. Feature von Mark Zak. Die schicksalhafte Beziehung mit Deutschland hat für die jüdische Familie bereits im Ersten Weltkrieg begonnen. 1945 rückte Irina Rogosa als Lazarettärztin mit der siegreichen Roten Armee in Berlin ein ... «Eine ukrainisch-deutsche Spurensuche durch ein Leben, so tragisch und wechselvoll wie das Jahrhundert.»

20.00 DLF: «**Himmelfahrt und Höllensturz des Luftschiffers Giannozzo.**» Die erste Hälfte eines 1988 produzierten Hörspiels nach Texten von Jean Paul. Fortsetzung in einer Woche zur gleichen Zeit. «Vogelperspektive auf die Ameisenkonferenzen der Menschen.»

Mittwoch, 24. Mai

8.30 SWR: «**Unschuldig verurteilt und dann?**» Marc Bädorf über den schwierigen Weg zum Wiederaufnahmeverfahren.

10.00 DLF: «**Attraktiv für Arbeitnehmer und Arbeitgeber?**» Die Debatte über die Vier-Tage-Woche.

15.00 SWR: «**Von der Mutter entführt.**» Ein Vater kämpft für seinen Sohn. Tom Noga zu einem grenzüberschreitenden Sorgerechtsstreit.

20.00 DLF: «**Gesetz oder Gewissen.**» Ralf Hutter über Kirchenleute, welche auf Zivilen Ungehorsam setzen. Parallel dazu bei SRF 1 im Spasspartout: «Friss oder stirb.» Eine kulinarische Roadshow mit Rebekka Lindauer. «Kann der ökologische Fussabdruck eines Insektenburgers den Kalorienwert meiner veganen Hafermilch unterbieten?» Und bei SRF 2: «György-Ligetii-Irrwege.» Etwas zum 100. Geburtstag. Last, not least bei SWR 2 Kultur in Thema Musik: «Napoletana.» Frauenstimmen aus einer grossen Musikmetropole.

21.00 DLF: «**Salzburger Stier 2023.**» Der deutsche Preisträger Mathias Tretter.

Donnerstag, 25. Mai

20.00 DLF: «**Systemfragen.**» Danach die letzte Folge von «Der Schuss von Porz». Ein Politiker drückt ab. Recherche von Stefanie Delfs und Antonia Märzhäuser.

15.00 SWR: «**Zwischen Mahlwerk und Mühlbach.**» Julia Illmer über Menschen und ihre Mühlen.

Freitag, 26. Mai

8.30 SWR: «**Machtpolitiker und US-Strategie.**» Sven Ahnert über Henry Kissinger.

15.00 SWR: «**DokKa 10.**» Beste Hördokumentation 2023. Rapport aus Karlsruhe.

19.15 DLF: «**Zurzeit nicht lieferbar!**» Gehen uns bald die Rohstoffe aus? Zeit-Forum Wissenschaft.

20.00 DLF: «**Verschwörung der Frauen.**» Oder: Der Tag, als Casanova aufflog. Feature von Rosvita Krausz. Parallel bei SRF 1: «Leben ohne Giuseppe» von Jean-Claude Kuner und Roswitha Quadflieg. Angekündigt als ein True-Crime-Hörstück über Trauerarbeit und die Frage: Was tun gegen Jugendgewalt? Und in der Passage bei SRF 2: «Begegnung von Lyrik und Musik» mit Andreas Neeser und Viviane Chassot. Nochmals am Sonntag nach 15 Uhr!

22.00 SWR: «**Salzburger Stier 2023.**» Mitschnitte vom Eröffnungsabend.

DLF/Deutschlandfunk – 100,6 und 105,1 MHz. SWR/Südwestrundfunk 2 – 90,4 und 97,9 MHz auf UKW sowie in digitalen Kanälen und Netzen. Die allermeisten dieser Sendungen finden sich auch im Podcast-Angebot!

Bücher der Woche

Wahrheit?



«Ein Wort ist ein Wort», lautet der erste Satz im «Prolog» zu diesem Büchlein mit Sinnsprüchen zum Thema Wahrheit. Aber ist ein Wort auch die Wahrheit? Friedrich Glauser hatte dazu eine Meinung: «Wahrheit hat mit Worten nichts zu tun.»

Für den Juristen und Autor dieses kleinen Buches ist die Lüge «Teil unseres Alltages und womöglich noch häufiger anzutreffen als die Wahrheit, auch wenn sie das zu verschweigen sucht». Als Einstieg stellt er Fragen wie: «Wäre ein Leben ohne Lüge überhaupt denkbar? Wie fad wäre Werbung ohne Lüge? Gibt es eine einzige Komödie ohne Lüge?» Hat die Lüge «ein paar Vorteile», so hat die Wahrheit auch «ihre Schattenseiten». «Die Wahrheit ist ein Luxus, den man sich nicht immer leisten kann.»

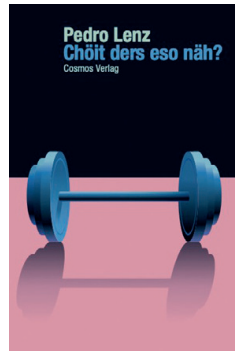
In Zeiten wie diesen, wo nicht nur Despoten tagtäglich Lügen verbreiten, animieren die hier gesammelten und unterhaltsam zu lesenden Sinnsprüche zum eigenen Nachdenken über Wahrheit und Lüge. Denn: «An der Lüge kommt keiner vorbei», wie der Autor – vermutlich aus eigener Erfahrung – im Untertitel schreibt. *hk.*

Melchior Werdenberg: **Nichts als die Wahrheit.** Sinnsprüche. Elster & Salis 2022, 59 Seiten, 11,50 Franken.

Buechstabe

«Me darf jo afe nüt meh säge!», hört Pedro Lenz, Autor dieser Kolumnensammlung, immer häufiger. Er stellt fest, dass Leute, die diesen Satz aussprechen, dauernd am Reden sind und dabei sagen, was sie und wie sie es wollen. Sie erinnern ihn an ein Kind, «wo so gärn es gruusigs Wort zitiert. Es tuet ne guet...».

Gut tut es auch jenen, die mit dem Kärcher werken. Nach Lenz bringt Kärchern im Schnitt mehr Schaden als Nutzen, aber den Menschen tut es offensichtlich gut. Es scheint für viele Menschen «en ideali Mischig zwüsche Schiessen und Sex» zu sein. Lenz nimmt zur Kenntnis, dass die Leute fast nicht mehr lesen oder kaum noch lesen können. Dabei müsse man doch heutzutage alles selber machen und schreiben. Die angeblichen Dienstleister lagerten ihre Arbeit an uns, ihre Kunden, aus.



Einmal mehr zeigt sich der Autor als guter Beobachter des Alltags. Die hier versammelten Mundart-Kolumnen entstanden in den Jahren 2018 bis 2022 und zeigen Pedro Lenz als Moralisten, Ironiker und politisch aktiven Menschen, der den Humor nicht verloren hat. *hk.*

Pedro Lenz: **Chöit ders eso näh?** Roman. Cosmos Verlag 2022 (2. Auflage 2023), 112 Seiten, 27 Franken.

Entfremdung

Im Herbst 1923 wurde die Republik Türkei ausgerufen. Sie ist Nachfolgerin des grossen ethnischen, religiösen sowie sprachlich heterogenen osmanischen Reiches, das sich stark verwestlicht hatte. Europa und die Türkei näherten sich einander an. 2005 wurden Verhandlungen für den Beitritt der Türkei zur EU eröffnet. Bereits 2007 distanzierte sich Frankreichs Präsident Sarkozy von einem möglichen Beitritt der Türkei. Die bisherige Annäherung schlug in Ablehnung um. Dies mit negativen Folgen für eine weitere Demokratisierung innerhalb der Türkei und für die EU bezüglich von Flüchtlingsfragen, wo sie – ungeachtet der dort herrschenden Menschenrechtslage – auf die Türkei angewiesen ist.



Im gut lesbaren Essay zeigt Cengiz Aktar auf, wo die Gründe für die frühere Annäherung und die aktuelle Entfremdung liegen und welche Konsequenzen dies für die türkische Gesellschaft und für Europa hat. Ergänzt wird sein Text durch Gespräche mit dem Politologen Étienne Copeaux und der Soziologin Nilüfer Göle. Wer die Türkei im Jubiläumjahr verstehen will, sollte das Buch lesen. *hk.*

Cengiz Aktar: **Die türkische Malaise.** Essay. Kolchis Verlag 2021, 125 Seiten, 17 Franken.

Krimi der Woche

Jährlich Anfang Juli startet das bekannteste Velorennen der Welt, die Tour de France (TdF). Während 21 Tagen legen die Fahrer ca. 3500 Kilometer zurück. Im Fahrerfeld dieses Romans ist auch Marc Moreau, Edelhelfer des viermaligen TdF-Gewinners Steve Panata, dabei. Sie fahren für das Team Ventoux. Wie die TdF beginnt der Roman mit dem «Prolog». Marc, der früher bei der Militär-



polizei war, beschreibt nach ein paar eher flachen Etappen seine Stimmung so: Am Ziel in Paris «werde ich entweder im Leichenschauhaus liegen oder das Gelbe Trikot der Tour de France tragen». Selber hat er noch nie eine Etappe gewonnen, für die einige Fahrer bei Abfahrten ihr Leben riskieren. «Inzwischen weiss ich, dass einige auch bereit sind, dafür zu töten. Unter uns versteckt sich ein

Mörder, und die Polizei hat mich beauftragt, ihn zu finden.» Ein Krimineller hat mehrere Favoriten für das «Maillot Jaune», das gelbe Trikot des Leaders, aus dem Weg geräumt. «Ich selbst könnte das nächste Opfer sein. Aber ich weiss auch, dass ich dank dieses Mörders die Tour de France gewinnen kann», stellt Marc fest.

Hatte die TdF für das Team Ventoux hoffnungsvoll begonnen, gibt es nun ungewohnte Zwischenfälle. Eine Lebensmittelvergiftung dezimiert ein gegnerisches Team mit einem der Tour-Favoriten. Ein Zuschauer am falschen Ort bringt einen weiteren Fahrer zum Sturz, setzt ihn ausser Gefecht. Ein Selbstmord eines Fahrers wirft neue Fragen auf. Marc sagt dem Kriminalkommissar zu, bei dessen Ermittlungen zu helfen. Als er selber knapp einer Gasexplosion entkommt, ist für Marc klar, dass jemand aus einem anderen Team das Rennen um jeden Preis gewinnen will. Aber wer könnte es sein? Nach jeder Etappe studiert er das aktuelle Gesamtklassament. Er sieht, dass die Favoriten der anderen Teams nun zu wenige Kräfte haben, den Sieg zu holen. Die Anschläge begünstigen sein Team am meisten. Steckt sein

Freund Steve dahinter, der schon vom aktuellen und dem nächstjährigen Tour-Sieg spricht? Marc verdächtigt auch seinen sportlichen Leiter, der beim Sponsor auf der Abschussliste steht, wenn das Team die Tour nicht gewinnt. Für den Kommissar kommt auch Marc selber in Frage. Denn Marc ist Franzose und hat eine intime Beziehung zu einer Frau, die einen wichtigen Posten in der Tourleitung hat. Und die Frau ist – wie sein damaliger Militärkommandant – überzeugt, dass Marc die Tour gewinnen und Steve schlagen kann und muss. Wer sind die Täter? Am Ziel in Paris gibt's die Lösung.

Wie die TdF ist dieser Roman voller Tempo, Spannung und Wendungen bis zur Ziellinie auf den Champs Élysées. Ein Roman über Gerechtigkeit, Loyalität und Ruhm. Er gibt einen guten Einblick in die vielen Facetten des Radsports und die Teamarbeit dabei.

Hermann Koch

Jorge Zepeda Patterson: **Das schwarze Trikot.** Roman. Aus dem Spanischen von Carsten Regling. Elster & Salis 2023, 409 Seiten, 18 Franken.

Prosa

Fiona Schreiers Dramatisierung von Wolfgang Herrndorfs Roman bleibt papieren.

Das inhaltliche Konzept von «Bilder deiner grossen Liebe», einem unbeendet gebliebenen Outtake des Jugendromans «Tschick», ist hinsichtlich der Roadmovie-Haftigkeit wiewohl der Ermutigung zur Selbstermächtigung von jugendlichen Outlaws sehr direkt vergleichbar. Die psychiatrisch behandelte Isa (Johanna Köster) ist abgehauen und experimentiert nach Gutdünken mit ihrer medikamentösen Einstellung. Sie ist auf der Suche nach Leben im Leben alias Abenteuer alias Wahnsinnigkeit alias Übermut alias Abwesenheit von Vorsicht. Hauptsache, sie spürt was. Ein Steilpass für jede einigermaßen ambitionierte Darstellerin, Johanna Köster jedenfalls schöpft aus dem Vollen. Ihr Gegenspieler (Urs Jucker) ist mal Echo der eigenen Gedankensprünge, mal verinnerlichte Infragestellung von allem, mal Statthalter für die Figuren, denen Isa auf ihrem Trip begegnet. Und zuständig für die Klangkulisse.

Am stärksten wirkt der Abend, wenn Urs Jucker gerade keine reale Figur verkörpert, sondern zwischen Hirngespinnst, Eigenermahnung und Beteuerungen für das Superlativpotenzial von sich verselbstständigendem Irrwitz blosser Textzulieferer bleibt und Johanna Köster die Bühne allein für das Soloschauspiel gehört. In den szenischen Momenten mit beiden weiss die Regisseurin nicht so recht, was sie mit der Anwesenheit einer



(Bild: Rob Lewis)

zweiten Person auf der Bühne anfangen soll. Erschwerend hinzu kommt, dass sich die prosahaftigkeit der Vorlage je länger je deutlicher manifestiert und die Inszenierung von einer anfänglich ausgeprägten Lebhaftigkeit immer deutlicher als papieren wahrnehmbar wird. Die ursächliche inhaltliche Infragestellung bezüglich einer Gesellschaft, wer denn jetzt hier tatsächlich sogenannte neben der Spur liefe, kommt deutlich heraus, selbst wenn die Steigerung der Intensität (auch im Spiel) anstelle von ansteigend stark abfallend daherkommt und das Ende irgendwie regelrecht herbeigesehnt wirkt. *froh.*

«**Bilder deiner grossen Liebe**», bis (vorerst) 22.5., Theater Winkelwiese, Zürich.



(Bild: Gregory Batardon)

Grosse Nuanciertheit

Cathy Marsons «The Cellist» über das krankheitsbedingt nur kurze Leben der Ausnahmecellistin Jacqueline du Pré folgt als Handlungsballett einer intuitiv nachvollziehbaren Narration.

Thierry Frochoux

Tanzdramaturgisch wirkt der Abend regelrecht vorbildhaft. Während zu Beginn im intim verschmolzen wirkenden Verhältnis zwischen der Musikerin (Giulia Tonelli) und ihrem Instrument (Wie Chen) alsbald die Frage aufkommt, wer hier eigentlich wen spiele, verkehrt sich gegen Ende die exakt gleiche Ausgangslage – krankheitsbedingt – in ihr Gegenteil, und die eigentlich selbe Szene fragt danach, wer hier eigentlich wen behindere. Die zwei Tänzer:innen interagieren nachgerade symbiotisch, was beinahe in Vergessenheit geraten lässt, welche Figur inhaltlich als Star tänzerisch hervortreten müsste und auch, wie an sich gewöhnungsbedürftig die Übersetzung des Instruments mit den fülligsten Rundungen, das nicht erst seit Man Rays «Le violon d'Ingrès» sinnbildlich für die Frau steht, mit der Besetzung durch einen männlichen Tänzer wirkt. Eine kleine Irritation schleicht sich ein, als die kindliche Jacqueline du Pré, die innerfamiliär offensichtlich eine grosse Förderung erfährt, die sogar ihre Unkonzentriertheit während des regulären Schulunterrichts entschuldigt, grösser geworden, von drei Lehrern nacheinander

aufgesucht wird. Kevin Pouzu und Lukas Valente geben alles, um einen bleibenden Eindruck zu hinterlassen. Doch erst Matthew Knights Erscheinen erscheint wie der Auftritt eines weissen Ritters. Als er nach seinem fulminanten Solo Giulia Tonelli kurzerhand unter den Arm klemmt und zusammen mit dem Cellokoffer davonträgt, wirkt dies zuerst wie der amouröse Siegeszug des Dirigenten Daniel Barenboim. Zumal sich die Mutter danach vor Sehnsucht grämt. Erst später, mit dem ersten realen Auftritt des Dirigenten (Esteban Berlanga), der während einer Bühnensituation auf der Bühne die weitaus grösste Aufmerksamkeit dieser Szene auf sich zieht, wird manifest, wie irrig die Erstanahme war. Beide Herren indes – Knight und Berlanga – setzen innerhalb dieser teils auch gar üppig liebreizenden, beinahe schon kitschnahen Umgebungsinszenierung mit ihren Auftritten Marken. Beinahe so, als wollte die Choreographie nicht nur die Innigkeit zwischen Musikerin und Instrument verdeutlichen, sondern auch die Wichtigkeit einer Einbettung in ein Team alias Orchester hervorheben, worüber eine Ausnahmecellistin erst Zeugnis ihrer überragenden Brillanz abzulegen in der Lage ist. Der inhaltliche Star, die zudem einen Abstieg und körperlichen Zerfall tanzen muss, bekommt den symbolischen roten Teppich rein choreographisch nicht ausgerollt, sondern muss sich ihren Status inmitten des Scheinwerferlichts erarbeiten. Cathy Marston beweist hier ein Faible für eine sehr grosse Nuanciertheit. Wie sie mit Abstraktion und Zeitgenossenschaft umzugehen versteht, wird sich weisen. Die Vorfreude darauf ist jedenfalls geweckt.

«**The Cellist**», bis 27.6., Opernhaus, Zürich.

Faszinosum

An der machtbewusst unter Kontrolle gehaltenen Selbstinszenierung perlt alles ab.

Perfekte Krisenkommunikation meint die Fähigkeit der Narrationsumkehr hin zu einer strahlenden Selbstinszenierung. Kombiniert mit einer lasziven Coolness und der demonstrativen Zurschaustellung des daraus schöpfbaren pekuniären Überflusses entwickelt sich ein mittels erotischer Aufladung als vollends undurchdringbar erweisender Harnisch. Voilà!, die Kardashians. Thomas Köck und Mateja Meded erklären, die Dekonstruktion dieses Mythos im Sinn zu haben, doch selbst die Vielzahl an Giftpfeilen aus ihrer Richtung vermögen es nicht zu verschleiern, dass neben der ganzen Mélange aus Abscheu, Vorwurf und Kritik immer auch eine trotz allem unkaputtbar positiv besetzte Restfaszination übrigbleibt. Ergo befeuert «Keeping up with the Penthesileas» zeitgleich völlig divergente Regungen. Personifiziert durch eine rachefeldzugähnliche Befragung der Talkmasterin Wendy Williams (Challenge Gumbodete), deren Spitzen stets von verschiedenen Formen einer ausgeprägt machiavellistischen Macht umgelenkt, abgeschmettert oder weggelächelt werden, arbeitet sich jedes japsende Aber moralischer Empörung daran ab und läuft ins Leere. Der Abend holt weit



(Bild: Philip Frowein)

aus und zitiert Mythologie und Geschichte und greift sogar zur todsichersten Desavouiermethode. Doch der Clan wankt höchstens, aber der Clan fällt nicht. Bei den sechs Darsteller:innen ereilt einen ob ihrer Unverwundbarkeit eine Furchtahnung, vielleicht einer gänzlich anderen Figur als der Amazonenanführerin gegenüberzustehen, nämlich einer Hydra. Immer wieder stellt sich in dieser von Martin Miotk hyperkünstlich ausgestatteten Episode die Frage, ob diese showtheatrale Auslegeordnung nun schon selbst darüber zynisch würde, dass sie zynische Gegebenheiten thematisierte. Klar wird: Ohne Zeus sind wir verloren, aber dessen willkürliche Launenhaftigkeit umtreibt auch seinen Nachfolger im digitalen Olymp. So bleibt mal wieder alles an uns hängen. *froh.*

«Keeping up with the Penthesileas», bis 10.6., Theater Neumarkt, Zürich.

Unschärf

Angesichts von realen Problemen mit Gewaltenteilung wirkt «In dubio» fragwürdig.

Natürlich, der Text von Maria Ursprung ist ein als Spiel angelegtes Spiel mit dem Spiel. Vorangetrieben durch Brüche, spannungsangereichert durch falsche Fährten und raffiniert durch doppelte Böden. Doch durch die wahllose Vermengung von Privatrecht, Strafrecht, öffentlichem Recht und überhaupt nicht justiziablen Gefühlen von Rechthaberei, Beleidigtsein und Racheansinnen entwickelt sich letztlich eine hauptsächlich grosse Skepsis gegenüber der Justiz und ihrer Unabhängigkeit. Nur weil sich drei Jurist:innenfiguren auf der emotionalen Ebene eines gekränkten Gerechtigkeitsempfindens miteinander streiten, ist das noch keine Juristerei. Was sich im Kammerspiel zwischen Miriam Japp als Richterin, Manuel Bürgin als Rechtsanwalt und Josef Mohamed als Gerichtsschreiber in den Vordergrund drängt, sind ihre Selbstzweifel, die Zweifel am System nähren und so Zweifel an der systemischen Genauigkeit des Fachs und seiner Kontrollinstanzen säen. Was mit der hypothetischen Infragestellung der aktuellen Funktionstüchtigkeit anhand einer Zeitachse 300 Jahre zurück bis zur Hexenverbrennung und eine in gleichem Abstand in die Zukunft projizier-



(Bild: Ingo Hoehn)

te Ungewissheit, wie die aktuelle Rechtsprechung von dort aus wohl eingeschätzt werden möge, grenzt an die Verpolitisierung der Jurisprudenz. Setzt also die (hiesige) Gewaltenteilung als per se bereits geritzt voraus, ohne einen belastbaren Beleg zu liefern oder deren immanente Bedeutung im Sinne eines Korrektivs zu benennen. So gerät die als zentral behauptete Frage immer mehr aus dem ursächlichen Fokus und wird durch eine wahllose Auffächerung von Beispielen gefühlter Wahrheiten ersetzt. Ein matchentscheidender Punkt, das pingelig Genau dieses Fachs verliert dadurch seine Schärfe, also ein zentrales Wesensmerkmal. «In dubio» wird zum wolkeigen Angebot zur ganzheitlichen Verunsicherung der eigenen Rechtsauffassung. *froh.*

«In dubio», 12.5., Kellertheater, Winterthur. Nächstmal: 1. – 4.6., Theater Winkelwiese, ZH.

Überlagerung

«Richtig» ist als Begriff im Kriegskontext zu dehnbar für einen verlässlichen Kompass.

Pavlo Aries «Antigone in Butscha» ist eine inhaltlich ungeheure Dichte und hinsichtlich ihrer Vielzahl von sich überlagernden, sich auch gegenseitig ausschliessenden menschlichen Eruptionen nachgerade symbolhafte Massenkarambolage von Ohnmachtsbewältigungsversuchen. Die Regie von Stas Zhyrkov besorgt die auf Erträglichkeit bedachte Austarierung von Form und Inhalt, auf dass die Dringlichkeit ankomme. Das alleingültig Richtige, zumal aus der Warte Zivile:in, stellt sich letztlich als inexistent heraus. Subjektiv für recht-schaffen angesehene Motivationen, etwa einer Kriegsfotografin (Karin Pfammatter und Lena Schwarz), die in einer vom kontextfreien Luftleere individuell nachfühlbaren Trotzreaktion aus einer besonderen Verortung von Schuld des Partners (Michael Neuenschwander) wiewohl die von



(Bild: Philip Frowein)

vonherein überspitzte Zeichnung des Therapeuten erlangen alle in ihrer grundsätzlichen Berechtigung eine harsche Relativierung via den für den gesamten Abend gesetzten Referenzpunkt Krieg. In einem Filmsetting einer nicht bloss spracher-schweren Verständigung zwischen der in Butscha in einem Keller festsitzenden Frau (Viatlina Bibliv) und der Reporterin rücken Fremd- und Eigenwahrnehmung ins Feld und eine doch gehörige Portion Zufall erwirkt, dass Absicht und Wirkung trotz einer Inkongruenz die eindeutige Verortung auf der Skala richtig-falsch verunmöglicht. Durch eine Dauer und die Wiederholung zur Hyperohnmacht angewachsene Wut begünstigt im Kontext wiederum nachfühlbare Ausbrüche, die auch als Psychohygiene durchgingen, als Forderung bei Licht betrachtet aber genauso hilflos wie strafbar wären. Das stete Umkreisen des Wunsches, die Ohnmacht irgendwie durch Handeln bändigen zu können und der stets auf dem Fuss folgende relativierende Einschub, daran scheitern zu müssen, erfasst die Komplexität der Gemengelage sagenhaft umfassend. Intellektuell brillant, emotional ernüchternd. *froh.*

«Antigone in Butscha», bis 28.6., Schauspielhaus, Zürich.

Bücher-Boxen bilden

Bücher-Tauschboxen sind toll! Seit sie aufgekommen sind, lese ich wieder viel mehr. Jeder Tauschplatz verdankt sein Sortiment anderen Bücherwürmern, und so hat jeder nach seinen Quellen einen eigenen Charakter. Ich habe zwei Favoriten, wo ich zuverlässig ganz nach meinem Geschmack Belletristik und Sachbücher aus den verschiedensten Epochen und in vielen Sprachen finde.

Meine jüngste Entdeckung ist etwas Altes: Victor Klemperers Kritik an der Sprache des Dritten Reiches, die er «LTI» (Lingua Tertii Imperii) nennt. Sein zwölf Jahre abbildendes «Notizbuch eines Philologen» entstand während Hitlers Schreckensherrschaft und wurde 1946 erstmals publiziert. Es ist nicht nur die erste Kritik an der nationalsozialistischen Sprache, sondern sie ist auch feinsinniger in eine differenziertere Gesellschaftsanalyse eingebettet, als man es von späteren Dystopien (1984, Handmaid's Tale, Brazil etc.) so kennt. Ich hatte zu Beginn Widerstände, mich auf die abgrundtiefe Düsternis jener Zeit einzulassen – aber Klemperer hat die Gabe, trotz aller Ohnmacht fast heiter zu bleiben, so als hätte er mitten im Wüten des Holocausts diesen bereits überstanden.

Seine Analysen und vielfältigen Illustrationen des Zusammenhangs von Volksverdummung und Kriegstreiberei sind leider auch im 21. Jahrhundert wieder

aktuell (Berlusconi / Trump / Putin). Das Werk an sich hat mich in meiner Meinung bestärkt, dass Sprache das Bewusstsein prägt, und dass es daher wichtig

Korrekte Sprache hat nichts Ewiggestriges, und nicht jede Modetorheit ist natürlicher Sprachwandel.

ist, den zeitgenössischen Manierismen nachzuspüren. Korrekte Sprache hat nichts Ewiggestriges, und nicht jede Modetorheit ist natürlicher Sprachwandel. Bezeichnenderweise lässt vernachlässigtes Korrekturat heute gerade in den Publikationen des (Bildungs?-)Bürgertums die Sprachpflege vermissen, während die ungestüme Linke etwa in der WoZ deren Stilblüten anprangert... Nicht der einzige Ort, wo sich das Wertepaar konservativ-progressiv anscheinend in sein Gegenteil verkehrt hat.

Für mich sind das tröstliche Gedanken, nicht nur in Zeiten von «Lügenpresse» und «Chat GPT». In meinem Beruf als Lehrerin (!) war ich als intellektuelle Sprachbewusste oft genug Ruferin in der Wüste. Im Schulhaus B. etwa war die Belegschaft stolz auf ihre Nicht-Intellektualität, Mainstreamtauglichkeit und Volksnähe. Niemand ausser

mir fand das Motto einer Projektwoche zur Aufhübschung des Schulhauses anstössig: «Pimp my School»... Sagte jemand etwas Politisches, erstarb augenblicklich das Tischgespräch, bis die Peinlichkeit mit der Frage nach der neusten Bachelorette überbrückt wurde. Lobte man jemandes Sprachmacht, etwa: «Du kannst so gut schreiben!», dann nur, um ihm das Sitzungsprotokoll anzuhängen. Grundsätzlich war Intellektualität weltfern, ja gefährlich: Präzises Sprechen wurde als unfaire Waffe empfunden, die andere wehrlos machte. Aus meiner Unkenntnis einer TV-Nachricht entspann sich einmal ein Dialog, in dem ich darlegte, ich hielt mich mit der WoZ inkl. Diplo, mit Fachzeitschriften, Sachbüchern und politischen Radiosendungen auf dem Laufenden. Was zum Fazit des Gegenübers führte: «Was, Tageszeitung auch nicht? Aber man muss doch wissen, was auf der Welt geschieht!» Ich rettete mich, indem ich einräumte, beim Pendeln im ÖV auch die Gratiszeitung zu lesen...

Das tue ich heute nur noch in Ausnahmefällen. Denn am Bahnhof meiner Wahl steht ja – eine Bücherbox!



Ina Müller

Reklame



Bitte ausfüllen und
einsenden an:
P.S. Verlag, Hohlstrasse 216,
8004 Zürich oder
aboservice@pszeitung.ch

Ich bestelle

- Probeabo 5 Wochen kostenlos
- Jahresabo für 230 Franken
- Gönner:innenabo ab 300 Franken
- Abo für Menschen mit wenig Geld, 100 Franken

Name / Vorname

Strasse / Postfach

PLZ / Ort